

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwelageschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der „große“ Tag.

Berlin, 1. Februar 1921.

In den Vormittagsstunden unterrichtete der Außenminister die Fraktionsführer über die Beschlüsse der Regierung und die voraussichtliche Erklärung, die zu den Forderungen der Entente in der Nachmittagsitzung abgegeben werden soll. Die Regierung und gewisse bürgerliche Kreise wollen so etwas wie eine nationale Einheitsfront in dieser Frage herstellen; weshalb sie vorschlagen, die Fraktionen sollten keine besonderen Erklärungen abgeben, sondern sich mit einer Gesamterklärung begnügen, so daß nach außen hin eine einheitliche Auffassung zutage trete. Gegen diese Auffassung haben nicht nur die sozialdemokratischen Vertreter, sondern auch die Deutschnationalen sich gewandt. Im Seniorenkonzert wurde dann noch darüber verhandelt, ob nach der Regierungserklärung die Sitzung gleich geschlossen werden sollte oder ob sich die Aussprache anzuschließen habe. Die Mehrheit war für sofortige Vertagung, sowohl vom Vertreter unserer Partei als auch von den Kommunisten wurde der Vertagung widersprochen, indes vergeblich.

Die Bestrebungen auf Herstellung einer nationalen Einheitsfront beschränken sich aber nicht nur auf eine gemeinsame Erklärung, sondern zielen auf eine Verbreiterung der Regierungsbasis nach links und rechts ab. Die Phantasie gewisser bürgerlicher Journalisten ging sogar so weit, von einer Verhandlung mit unsrer Partei zu sprechen, wovon selbstverständlich gar keine Rede sein kann. Die Nationalzeitung will wissen, daß die Postminister Riecher und Compes mit Scheidemann verhandelt hätten, daß dieser aber für seine Partei dankend abgelehnt habe, steht an der Regierung teilzunehmen. Es ist darauf zu achten, daß die Betonung auf dem Worte steht. Die Strömung in der Mehrheitssozialdemokratie, die auf einen Wiedereintritt in die Regierung abzielt, ist sehr eifrig am Werke; aber so schlau sind die Führer, daß es jetzt vor den Preußenwahlen Selbstmord wäre, in die Regierung einzutreten und den bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die nun eintretenden Kriegsfolgen zu helfen. Dagegen sollen sich die Deutschnationalen nicht grundsätzlich abgeneigt gezeigt haben, an einer Regierung teilzunehmen.

Die äußere Aufmachung des Reichstags deutete heute allerdings auf einen sogenannten großen Tag hin. Schon von Mittag an wimmelte es in den Wandelgängen von Menschen, eilig hin und hergehende Parlamentarier stellten Meinungen auf, als ob sie wunder was für politische Neuigkeiten und Geheimnisse wüßten, dabei ist es nichts als alberne Wichtigkeit. Nicht nur die Zuhörertribünen waren gedrängt voller Menschen, auch die Regierungsbänke und Zwischenräume waren gestopft voller Geheimräte und anderer Regierungsmänner. Es gehörte wahrlich nicht viel politisches Verständnis dazu, um zu wissen, daß heute von sensationellen Enthüllungen oder gar großer politischer Weisheit nicht die Rede sein konnte, so politisch wichtig und ernst die ganze Lage augenblicklich auch für das deutsche Volk ist. Die Rede des Außenministers Simons mußte sich mehr in Allgemeinheiten erheben, denn die ungeheuerlichen Ententeforderungen sind, wie Simons ausdrücklich hervorhob, zunächst vorläufig. Es muß abgewartet werden, wie die Einladung zur Londoner Konferenz ausfällt; danach will dann die Regierung ihre Entscheidung treffen. Dem Verlangen auf völlige Abrüstung nach dem Friedensvertrag soll entsprochen werden. Anders steht es mit den Wirtschaftsforderungen. In klarer, fast nichternere Weise trug Simons die Regierungserklärung vor. Schön disponiert und einzelne Stellen nachdrücklich hervorhebend, soll sie die Stellung der Regierung und ihre Beschlüsse der Öffentlichkeit klar machen; ob es gelungen ist, muß die Wirkung sprechen. Bei einzelnen Stellen setzten Zurufe aus den bürgerlichen Parteien so plündernd ein, als wären sie verabredet gewesen.

Die Behauptung der Regierung, die Forderungen der Entente gingen zum Teil weit über den Friedensvertrag hinaus, muß an der Hand des Friedensvertrages selbst nachgeprüft werden, denn erst wird man dazu Stellung nehmen können. Simons verneint nicht in der Ententennote die Anerkennung dessen, was Deutschland bereits nach dem Friedensvertrag geleistet habe. Es werde sich ferner bemühen, seinen Verpflichtungen nachzukommen, indessen Anerkenntbares könne es nicht leisten, sondern solche Forderungen ablehnen.

Nach der Rede Simons gab Adolf Hoffmann eine Erklärung ab, worin allerdings sachlich auf die Regierungserklärung eingegangen wurde und womit die Debatte eröffnet worden wäre. Der Präsident Lübbe unterbrach ihn deshalb mehrfach. Die Erklärung gipfelte in dem Verlangen, die Regierung solle doch den allgemeinen Bankrott zugeben; alles Besöhnigen und Verhandeln sei überflüssig.

Ganz deplaciert war die Entrüstung des „Demokraten“ Schiffer, die er über den angeblichen Weherfall Hoffmanns auf das Haus münzte.

Die Pariser Beschlüsse vor dem bayerischen Landtag.

München, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages gab der Präsident, offensichtlich in der Absicht, die Reichsregierung festzulegen, eine Erklärung ab, in der in den besannten alldutschen Phrasen gegen die Beschlüsse von Paris protestiert wird und die mit dem Satz schließt: „Lieber ehrlieh untergehen, als in unwürdiger Sklaverei wecheln zu verbernen!“ — Sämtliche Parteien, auch die Rechtssozialisten und Kommunisten, fanden sich mit dieser Erklärung ab. Die USPD dagegen ließ durch ihren Redner folgende Erklärung verlesen: „Die Fraktion der USPD wendet sich vom Standpunkt der internationalen Arbeiterklasse aus schärfste gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen der Pariser Beschlüsse. Sie kann sich aber nicht mit dem Protest aller übrigen Parteien identifizieren, weil Teile dieser Parteien mit verschiedenen Kapitalistengruppen der Entente im Bunde stehen und in der nationalistischen Verteidigung nur ein Mittel sehen, eine günstigere Position bei ihren Privatgeschäften zu erreichen. Im übrigen handelt es sich um Vorschläge der Entente, über die noch Verhandlungen möglich sind. Die USPD muß verlangen, daß die Parteien weiter verhandeln, die die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik in Deutschland tragen.“

Bei Abgabe dieser Erklärung verließen sämtliche bürgerliche Parteien und die Kommunisten demonstrativ den Sitzungssaal.

Eine Aktion der Syndikalisten.

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf einer von der syndikalistischen Arbeiterunion einberufenen Betriebsrätekonferenz der Ruhrbergleute in Essen, an der Vertreter von 128 Schachtanlagen teilnahmen, wurde u. a. gefordert: Einstellung der Uebersehichten ab 15. Februar, Ablehnung und eventuelle Verhinderung der Sonderausgaben von Lebensmitteln für Bergleute, sofortige Erhöhung der Löhne um 20 Prozent und eventuell ab 1. April um weitere 20 Prozent, sofortige Einschränkung der Schichtendauer, Entwaffnung der Orgesch und Bewaffnung der Arbeiter, Auflösung der Technischen Rosthilfe. Bis zum 10. Februar sollen alle Organisationsleitungen zu diesen Forderungen Stellung nehmen.

Die Kommunisten und die braunschweigische Regierung.

Berlin, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Vor der Abstimmung über den Haushaltsplan des braunschweigischen Staatsministeriums für das bereits abgelaufene Jahr 1920/21 kam es gestern nachmittags im Landtag auf den Bänken der sozialdemokratischen Abgeordneten zu großen Lärmereien, so daß der Präsident an mehrere unabhängige Abgeordnete und Abgeordnete der neukommunistischen Partei Ordnungsrufe erteilen, dann die Sitzung auf 10 Minuten unterbrechen und sofort den Nehestenaussschuß des Landtages zusammenberufen mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Haushaltsplan für das Staatsministerium gegen die Stimmen sämtlicher bürgerlicher Abgeordneter angenommen. Die Neukommunisten stimmten für den Plan und verhinderten mit ihren 3 Stimmen den Sturz der reinsozialistischen Regierung und die vorzeitige Neuwahl des Landtages.

Sammlung der Christlich-Sozialen in Bayern.

München, 2. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In München fand eine Konferenz der Funktionäre der christlichen Gewerkschaften Bayerns statt, an der auch Minister Stegerwald teilnahm. Es wurde eine Entscheidung angenommen, in der als unabwiesbare Pflicht betont wird, an der politischen Sammlung und Einigung der christlich, christlich, demokratisch und sozial empfindenden Elemente Bayerns mit denen im Reich mit allen Kräften zu arbeiten. Zur eingehenden Verfolgung dieser Bestrebungen, sowie zur Schaffung einer, diese Gedankengänge vertretenden Tageszeitung in München wählte die Konferenz eine Kommission, die in einer demnächst einzuberufenden neuen Konferenz über ihre Tätigkeit zu berichten hat. In Bayern besteht seit einigen Monaten die christlich-soziale Partei, die sich die Essener Gedankengänge Stegerwalds zu eigen gemacht hat. Diese christlich-soziale Partei wird wohl den Stamm der neuen Stegerwaldpartei bilden.

Proteststreik in Florenz?

Rom, 2. Februar. (U.) Dem Messaggero wird aus Florenz gemeldet, daß infolge der letzten Zwischenfälle zwischen den Nationalisten und den Sozialisten ein politischer Streik von den Extremisten vorbereitet werde, die versuchen, die CGT für die Bewegung zu gewinnen. Ein Generalkstreik der Eisenbahner soll unmittelbar bevorstehen.

Unter der Diktatur der Moskauer.

Die noch so junge K. A. P. D. wird schon jetzt wieder von einer Krise erschüttert. Der aufmerksame Beobachter der Vorgänge im kommunistischen Lager konnte schon seit längerer Zeit bemerken, daß sich in der neuen Partei bereits wieder starke Gegensätze herausbilden. Seit der Aufnahme der K. A. P. D. als sympatisierendes Mitglied in die dritte Internationale ist offenbar eine wesentliche Verschärfung der Lage eingetreten. Während ein Teil der vereinigten Kommunisten glaubte, nun eine noch schärfere Tonart anschlagen zu müssen, wandte sich ein anderer entschieden gegen die Zulassung der K. A. P. D. zur Moskauer Internationale. Ueber die Stellung zur K. A. P. D., zur Arbeiterunion, zu den Syndikalisten und über die Spaltung der italienischen Partei ist es in der kommunistischen Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen. Zu den Opponenten gegen die Zulassung der K. A. P. D. und gegen die Moskauer Politik in Italien gehörte auch der Parteivorstand Paul Levi, der in einigen Artikeln der Roten Fahne zu diesen Fragen Stellung genommen hat und deshalb von der andern Seite, besonders auch von dem Vertreter der Moskauer Zentrale, scharf angegriffen wird. Wie tief die Gegensätze in der Partei geworden sind, geht aus einem in der Freiheit veröffentlichten Brief Dr. Levis an den Bevollmächtigten des Moskauer Exekutivkomitees hervor. Der Brief, der sowohl Levi als auch das bestehende Verhältnis zwischen den deutschen Kommunisten und den Moskauer Diktatoren trefflich charakterisiert, lautet:

Berlin, den 27. Januar 1921.

Werter Genosse!

Ich möchte Ihren Brief vom 27. d. M. nicht bestätigen, ohne zugleich auf einige der tatsächlichen Unrichtigkeiten hinzuweisen, die sich in ihm — namentlich unter III — befinden:

- a) Es ist unrichtig, daß ich in der Zentrale ohne Unterbrechen den Glauben an die Möglichkeit der Beeinflussung der Exekutive im Sinne der deutschen Partei, an die Möglichkeit der Besserung der eventuellen Fehler der Exekutive bestreite. Ganz abgesehen von der rhetorischen Uebertreibung dieses Satzes präzisiere ich demgegenüber meinen Standpunkt wie folgt: Die Besserung der Fehler der Exekutive wird erfolgen. Sie kann nur erfolgen von Rußland aus. Konkrete Vorschläge oder Kritik von unserer Seite in diesem Augenblick würden die Verhältnisse nicht ändern, sondern unsere Beziehungen zur Exekutive nutzlos trüben. Ich stütze diese Auffassung auf Gründe.
- b) Wie ich den Vorbericht hiernach bestreite, bestreite ich auch die Richtigkeit Ihres Folgesatzes, daß mein „Artikel über die italienische Spaltung die Krone diesem Verhalten zur Exekutive aufsetze“.
- Ich nehme mir in diesem Artikel die Freiheit, für das Verhalten der Exekutive in einer konkreten Frage Wünsche zu äußern. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß damit Ihre Behauptung, daß ich Kritik übe, „ohne irgendwelche Änderungs- oder Besserungsvorschläge zu machen“, widerlegt ist, hat der Erfolg, den ich mit diesen Wünschen bei dem deutschen Vertreter des E. K. erreicht habe, meine Lust zu neuen Versuchen nicht gestillt.
- Ich halte mich für berechtigt, solche politischen Wünsche zu äußern und halte Ihre Auffassung gestern für einen Mißbrauch der Ihnen von der Exekutive übertragenen Rechte und für einen Eingriff in jenes mein und unser — der Parteimitglieder — Recht.
- c) Ich verteidige meinen Artikel über Italien nicht damit, daß ich nicht in der Lage sei und nicht wage, in der Öffentlichkeit die Wahrheit über die Exekutive zu sagen.“ Ich verteidige diesen Artikel mit den wirklichen Interessen der kommunistischen Internationale.
- d) Dieser ganze unter c) zitierte Satz ist eine Unrichtigkeit. Ans steht es weder an Mut noch Material, über die Exekutive zu schreiben. Ich habe es jetzt nicht für opportun aus den Gründen zu a und aus dem weiteren Grund, daß die Wirkung einer organisatorischen Differenz in Rücksicht auf andere Länder, in denen der Gedanke der kommunistischen Internationale sich noch festigen muß, höchst unerwünscht und schädlich wäre.
- e) Ich kann nicht anerkennen, daß meine „Haltung“ gestern Ihnen Veranlassung zu irgendwelchen Entschlüssen gegeben, geschweige Sie denn zu solchen „genötigt“ habe. Ich erlaube mir, bis auf weiteres der Meinung zu sein, daß Ihre „Haltung“ gestern einem bereits in die Sitzung mitgebrachten Plan entsprach. Ich nehme damit einen zu Ihren Gunsten sprechenden Umstand an.
- f) Ihr Schreiben enthält keine Antwort auf die von mir vorgelegte Frage, wie Ihre Worte: „Ehe Sie uns anzureifen wollen, werden wir dem zuvor kommen und werden das Schwert gegen Sie ziehen.“ zu deuten seien. Ich weiß die Gründe für dieses Stillschweigen zu würdigen.
- g) Der Satz unter IIIa Ihres Schreibens verurteilt nur diese formelle Seite Ihres Verhaltens gestern. Ich muß daher den materiellen Teil meiner Fragen wiederholen: „Hält die Exekutive oder ihr deutscher Vertreter meine Entfernung vom Posten als Vorliegender der Partei für nötig“ oder auch nur „wünschenswert“?
- Ich bitte, diese Frage nicht ferretationisch, sondern offen zu beantworten. Sie ist so gestellt, daß sie mit ja oder nein beantwortet werden kann.
- h) Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, schriftlich folgendes festzulegen:

Ich war am Abend vor meiner Abreise nach Moskau bis 1 Uhr mit Ihnen zusammen. Wir waren damals in unserer Auffassung über Italien einig und zwar in der Auffassung, die ich vor wie nach dem italienischen Kongress vertreten habe. Ich glaube, daß Sie sich dieser Tatsache entsinnen werden und möchte für den Fall, daß das nicht zutreffen sollte, im voraus bereits darauf hinweisen, daß Sie eben, weil unsere letzte Besprechung nicht im Einklang stand mit Informationen aus Moskau, die erst nach meiner Abreise eintrafen, mir telegraphisch die neue Auffassung der Exekutive mitgeteilt haben.

Mit kommunistischem Gruß
(Unterschrift).

Es ist überraschend, wie unerwartet schnell die von den Gegnern der 21 Bedingungen vorausgesagten Wirkungen der Moskauer Diktatur eingetreten sind. Nicht die Mitglieder der kommunistischen Partei, sondern der unverantwortliche Bevollmächtigte der russischen Zentrale, den die kommunistischen Arbeiter nicht einmal dem Namen nach kennen, hat darüber zu entscheiden, wer Vorstehender der deutschen Kommunistenpartei ist. Und die Leute vom Schläge Lewis, die noch während der Auseinandersetzungen mit der U. S. P. erklärten: Wir werden bestimmen, was in der Partei geschieht, wie die Bedingungen ausgelegt werden usw., ziehen jämmerlich zu Kreuze. Wo und wann war jemals in einer proletarischen Partei ein derartig mißbelebter, unterwürfiger Ton üblich, wie ihn Lewi gegenüber seinem Moskauer Vorgesetzten für gemeinlich hält? Gehorsam wird Paul Lewi dem Befehl seines von Moskau eingesetzten Vorgesetzten Folge leisten. Und diese Helden drohen täglich dem Bürgerrecht mit der Diktatur des Proletariats, mit dem Terror und allem Möglichen und blicken sich dabei noch ein, daß sie von den preußisch-deutschen Reaktionsären, die doch wirklich aus ganz anderem Holze geschnitten sind, ernst genommen werden!

Den leitenden Kreisen der U. S. P. D. ist die Veröffentlichung des Lewischen Briefes natürlich außerordentlich unangenehm. Sie geben sich darum alle Mühe, den üblen Eindruck, den der ganze Vorgang auf die noch denkenden kommunistischen Arbeiter machen muß, abzumildern. In einer Erklärung sagt die Zentrale, die von Lewi gestellte Frage habe nur den Zweck, festzustellen, „ob zwischen den Auffassungen des Briefschreibers und des Vertreters der Exekutive eine Differenz besteht“, die eine Stellungnahme der Partei erfordere. Die kommunistischen Führer scheinen gar nicht zu merken, daß sie mit dieser Erklärung ausdrücklich noch einmal unterstreichen, daß nicht die Parteimitglieder, sondern eben dieser unbekannte russische Befehlshaber zu entscheiden hat, ob die U. S. P. D. zu dem Fall Stellung nehmen muß. Bezeichnend ist es übrigens, daß es weder die Zentrale, noch die Redaktion der Roten Fahne bisher gewagt haben, ihren Lesern und Parteimitgliedern den Wortlaut oder auch nur den Inhalt des Lewischen Briefes mitzuteilen. Um die kommunistischen Arbeiter über den wahren Sachverhalt zu täuschen, erklärt die Zentrale kategorisch: „Weber der Briefschreiber, noch die Zentrale der U. S. P. D., noch die Exekutive der kommunistischen Internationale, noch deren Vertreter denken daran, die Zusammensetzung der Zentrale einer kommunistischen Partei von der Zustimmung der Exekutive abhängig zu machen. Darüber bestimmt allein der Parteitag.“

Zunächst, genau so wie in Rußland ja auch die Zentralkommission durch die Sowjetvertreter — meist sogar einstimmig — gewählt werden. Nur wird diesen vorher genau vorgeschrieben, wem sie „wählen“ dürfen.

Nicht komisch wirkt es, wenn die Zentrale und die Rote Fahne in ihrer Verlegenheit, um die Aufmerksamkeit ihrer Parteimitglieder von der Hauptsache abzulenken, unter den üblen Schimpfreden behaupten, die Freiheit habe den Brief Lewis nur veröffentlicht, „um Weimanns Spitzeln ein neues Tätigkeitsfeld zu eröffnen.“ Die U. S. P. D. wollte damit nur die Spitze auf die Spur des „fremden Mannes aus dem Osten“ lenken. Dabei ist in den Moskauer Bedingungen und den Statuten der Dritten Internationale ausdrücklich festgelegt, daß das Exekutivkomitee in jedem Lande seine Hilfsbüros organisiert. Wochenslang ist in aller Öffentlichkeit gerade auch über diesen Punkt diskutiert worden, und jetzt soll ein Hinweis auf das Bestehen dieser Einrichtung eine Denunziation sein! Die kommunistischen Führer müssen doch überzeugt sein, daß sie ihren Anhängern das Denken schon gründlich abgewöhnt haben, daß sie ihnen zumuten können, solchen blühenden Unsin zu glauben. Doch sie müssen ja wissen, wie sie ihre Mitglieder einzuschüchtern haben. Jedenfalls täuschen sich aber die kommunistischen Demagogen sehr, wenn sie glauben, mit derartigen schmutzigen Mitteln weitere Kreise der deutschen Arbeiter für sich zu gewinnen. Denkende Arbeiter werden sich vielmehr bedanken, einer Partei anzugehören, in der sie sich von unverantwortlichen, ihnen völlig fremden Diktatoren kommandieren lassen müssen. Wir glauben vielmehr bestimmt, daß die Vorgänge auch auf die denkenden Proletarier, die sich bisher von solchen Führern leiten ließen, eine heilsame Wirkung ausüben werden.

Mißgriffe der interalliierten Kommission in Oberschlesien.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:
Wir haben als unabhängige Sozialisten, die frei sind von jedem nationalstaatlichen Vorurteil, weitgehendes Verständnis für die sehr schwierige Aufgabe, die die Interalliierte Kommission in Oberschlesien zu erfüllen hat. Wir verstehen es, daß diese Maßnahmen, die General Le Rond vornehmen muß, um für die Abstimmung den Polen das gleiche Recht zu sichern wie den Deutschen, auf deutscher Seite als eine Venauteiligung des deutschen Elements empfunden werden müssen. Wir können den nationalstaatlichen Rummel über solche vom sozialistischen Standpunkte aus durchaus berechtigten Maßnahmen nicht mitmachen, aber es scheint uns doch, als sei in vielen Fällen die Interalliierte Kommission ihrer Aufgabe nicht gewachsen, als schäfe sie doch zuungunsten der deutschen Abstammungsberechtigten über das Ziel hinaus. Dies zeigt sich vor allem in der Ausweisungspraxis. Die polnische Agitation kann wahrlich nicht für sich das Recht in Anspruch nehmen, weniger nationalstaatlich und aufhebend zu sein als die deutsche. Im Gegenteil gebärde sich die polnische von Tag zu Tag mehr nationalstaatlich. Trotzdem ist bisher noch kein einziger polnischer Agitator ausgewiesen worden. Dagegen hat General Le Rond schon viele deutsche Propagandisten aus Oberschlesien ausgewiesen. Selbst bei objektiver Beurteilung kann man für dieses Verhalten des Generals Le Rond keine Erklärung finden. — Ebenso liegen die Dinge auf dem Gebiete des Zeitungsverbot. Auch hier übertrifft die deutsche nationalstaatliche Presse keineswegs die polnische Rohheit und Aufhegung, im Gegenteil nirgend wird so mit Terror und Gewalt gedroht wie in der polnischen Presse, nirgends wird die Bevölkerung mehr bedroht als in den polnischen Heftzeitschriften. Wir können selbstverständlich auch die Haltung der deutschen nationalstaatlichen Presse durchaus nicht billigen und verurteilen die skrupellose Verbreitung der Greuel-

nachrichten, die stets den anderen in die Schuße geschossen werden; aber es geht nicht an, daß die Interalliierte Kommission nur die deutschen Zeitungen verbietet und den polnischen jede Freiheit läßt. General Le Rond scheint uns etwas sehr empfindlich, wenn er das obererschlesische Zentrumsblatt, den Oberschlesischen Kurier, verbietet, weil es die Franzosen „Freunde von Korfant“ genannt hat. Man könnte aus der polnischen Presse ganz andre Beschimpfungen, vor allen Dingen der Engländer, anführen, die keineswegs zu einem Verbot Anlaß gegeben haben. Müßten wir uns vom sozialistischen Standpunkte aus gegen jede Pressezensur überhaupt verwahren, so müssen wir hier gegen eine einseitige Zensur um so mehr Verwahrung einlegen, da auch die Arbeiterpresse stets in der Gefahr lebt, eines Tages der Zensur zum Opfer zu fallen.

Wirksame Schutzmaßnahmen gegen die Unsicherheit.

Der obererschlesische Sonderberichterstatler der Dena drahtet: Die Aufmerksamkeit, die das Ausland den unsicheren Zuständen in Oberschlesien zugewandt hat, hat bereits ihre Wirkung gezeigt. Die Interalliierte Kommission hat sich zu energischerem Eingreifen entschlossen. Die Waffenkontrolle auf den Bahnen ist verschärft worden. Patrouillen kontrollieren nachts auf den Straßen fahrende Autos und unteruchen sie nach Waffen. Selbst das Hotel Komnik, das Hauptquartier Korfants, ist dieser Tage nach Waffen durchsucht worden. Auch der Sitz der Vereinigten Verbände Helmutreuer Oberschlesier in Kattowitz wurde kontrolliert. Bei Hochzeitsfeiern werden die anwesenden Gäste stets durch die Polizei nach Waffen untersucht. Patrouillen kontrollieren täglich die Cafés und Wirtschaften, und es ist mehrfach gelungen, eine größere Anzahl unsicherer Elemente festzunehmen. Seltenerweise fängt die Bevölkerung nun an, sich über die Belästigungen, die diese Kontrolle mit sich bringt, zu beschweren. Immerhin ist die Wirkung dieser Maßnahmen die, daß zunächst die Zahl der Handverleser, Heberfälle und Morde in der letzten Woche erheblich abgenommen hat. Eine Hauptgefahr ist noch immer die offene Grenze, die allerdings in letzter Zeit stärker, aber noch nicht ausreichend bewacht wird. Es ist zu hoffen, daß die annehmbaren englisch-italienischen Truppenverpflichtungen möglichst bald eintreffen. Die Bevölkerung setzt große Hoffnungen auf sie und die polnischen Verbände fürchten niemand mehr als die englischen und italienischen Soldaten. Die Grenzschutzverräterung wird, wenn sie energisch durchgeführt wird, die völlige Beruhigung der Bevölkerung herbeiführen.

Polenverhältnissen in Oberschlesien.

Rechtlich, 1. Februar. Der polnische Nechtskommissar Kowalski ist wegen Unfähigkeit zu Gewalttaten beim letzten Unfall verhaftet worden. Sein Vorname, der sich als alter Rechtskommissar erweist, wurde dieser Tage wegen Unterschlagung von 20 000 Mark verhaftet.

Der Patriotismus der obererschlesischen Kapitalisten.

Kattowitz, 31. Januar. Einer der kapitalistischen „Landesvertreter“ ist nun endlich der bürgerlichen Presse in die Hände gefallen. Es ist der Herr Graf Oppersdorf, der in Oberschlesien eine Versammlung veranstaltet hatte. Seit Monaten ist es in Oberschlesien offenes Geheimnis, daß Graf Oppersdorf Tausende für die polnische Propaganda ausgibt. Selbstverständlich schweigt die bürgerliche Presse aber über die übrigen Teilnehmer der Versammlung und über die übrigen Großindustriellen und Magnaten, die ähnliche Pläne wie der Graf Oppersdorf verfolgen. Warum stellt beispielsweise die bürgerliche Presse nicht fest, daß auch der Generaldirektor Dr. Schapper von den Thiele-Winklerschen Werken sich in genau demselben Sinne in dieser Versammlung geäußert hat wie Graf Oppersdorf. Auch vom Generaldirektor Dr. Schapper ist seit Monaten bekannt, daß er für die polnische Propaganda arbeitet und wahrscheinlich auch Gelder zur Verfügung stellt. Da Schapper der Vertrauensmann des Grafen Thiele-Winkler ist, so kann man ohne Gefahr des Fehlschlusses auch auf die Haltung des Grafen Thiele-Winkler selber schließen. Auch noch die Haltung eines dritten Magnaten ist höchst bedenklich — nämlich die des Fürsten Pleß, der ebenfalls mindestens mit den französischen Gewährsmännern der Polen, wahrscheinlich aber auch mit den Polen selber enge Fühlung genommen hat. Die gesamten übrigen Magnaten und Generaldirektoren schweigen sich ausgiebig über die Frage der Volksabstimmung aus. Keiner wagt es, mit seinem Namen seine Ansicht über die Volksabstimmungsfrage zu vertreten. Selbst die Denkschriften, die die einzelnen Generaldirektoren dem General Le Rond überreicht haben, sind bisher un veröffentlicht geblieben. Man hat sie nicht einmal der Reichsregierung zur Kenntnisnahme überreicht. Es scheint also, daß der Inhalt dieser Denkschriften für das Renommee der obererschlesischen Großindustriellen so ungünstig ist, daß sie deshalb das Bekanntgeben der Denkschriften zu scheuen haben.

80 Milliarden Defizit im Rechnungsjahr 1920!

Berlin, 1. Februar. Im Reichsrat führte Ministerialdirektor Sachs zum Haupthaushaltetat aus, daß der ursprüngliche Etatentwurf mit 92,5 Milliarden abschläge. Im ordentlichen Haushalt hielt er mit 30 Milliarden in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht, während beim außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden war. Dieser vermehrte sich unter Hinzurechnung des Fehlbetrages bei Post und Eisenbahnen um weitere 18 Milliarden, so daß es sich insgesamt um einen Fehlbetrag von 67 Milliarden handelte. Die Ergänzungen für 1920 bringen eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 79 Milliarden angewachsen sind. Nach dem Ergänzungsetat hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages schon jetzt auf 42,5 Milliarden Mark gesteigert. Zu seinen Angaben über den Ergänzungsetat führte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der ungeheure Fehlbetrag von 79 Milliarden mit allen Mitteln strengster und rücksichtsloser Beschränkung der Ausgaben vermindert werden müsse. Der Augenblick sei da, wo man immer wieder verheißenden Einschränkung der Verwaltungsausgaben Ernst gemacht werden müsse. Ob das, was zur Ausführung des Friedensvertrages weiter von uns gefordert werde, unserer Leistungsfähigkeit überhaupt noch entspreche, werde sich ja in aller nächster Zeit zeigen. Im einzelnen seien durch die Ergänzungsetats weitere Kreditverpflichtungen im Betrage von 8,4 Milliarden notwendig, darunter für die Eisenbahnerverwaltung 1,6 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post und Telegraphenverwaltung wolle die Verwaltung einweisen aus verfügbaren Mitteln decken, im wesentlichen aus dem Postcheckverkehr. Ohne Erörterung wurde darauf der Hauptetat angenommen. Dieses Kleinfeld wird ganz zu Lasten der deutschen Volkswirtschaft gehen; der Banknotenumsatz wird weiter erhöht, der Geldwert dementsprechend gesenkt, neue indirekte Steuern eingeführt werden. Und die arbeitende Bevölkerung wird diese Lasten am schwersten zu spüren und ihren Hauptteil zu tragen haben. — Die phantastische Defizitgröße ist aber auch ein deutlicher Hinweis

darauf, daß unse Volkswirtschaft eine weitere Belastung, wie es uns durch die neuen Forderungen der Entente auferlegt werden soll, nicht mehr zu tragen vermag.

Roske baut vor.

Vor einigen Tagen hat Roske, nachdem er in letzter Zeit schon in mehreren öffentlichen Städten gesprochen hatte, auch in Jüdisch seinen Einzug gehalten. Der Eintritt in die Versammlung kostete 2 Mk., und er wurde vom Versammlungsleiter mit den Worten eröffnet: „Jüdisch hat heute einen Mann von historischer Bedeutung in seinen Mauern.“ Roske weiterete eine ganze Stunde lang gegen die Unabhängigen und Kommunisten als „unklare Phantasten, Maulhelden und Wahlfreudiger“. Eine Weltrevolution zu wünschen, sei Unsin. Es sei nicht wahr, daß die Revolution von der Sozialdemokratie erfährt worden sei. Im Gegenteil: Die führenden Männer der Sozialisten, Scheidemann, Bauer usw., hätten auf die Vermittlung des Ministeriums im Oktober 1918 hingewirkt. Sodann suchte der Herr Oberpräsident sich noch besonders mit dem in Jüdisch allmächtigen Zentrum (das dort ganz ganz Arbeiterpartei ist und auch die Rechtssozialisten in schärfster Weise bekämpft und hinfotter) anzubiedern, indem er u. a. erklärte, mit einem ehrlichen Zentrumsdemokraten gehe er lieber zusammen als mit unabhängigen Hanonaren. Das Jüdisch Zentrumsbildet widmet daraufhin denn auch Herrn Roske einen sehr anerkennenden Bericht. Schließlich machte Roske auch noch einige Bemerkungen über das unklare Projekt eines autonomen Zwischenstaats, der die Gebiete von Brien-Langens, das Saar- und Kohlengbiet umfassen solle, und sprach seine Sympathie für diesen Plan der Zukunft aus. Nach dieser staatsmännischen Leistung verließ er dann noch, ein unabhängiges Blatt für sich mit Recht geschrieben, daß die Rechtssozialisten die Nase nach einer Rede Roskes 5 Zentimeter höher tragen könnten. —

Nach diesem Anbiederungsversuch beim Zentrum zu urteilen, scheint der hochwürdige Roske keine allzu große Hoffnung zu haben, daß die bevorstehenden preußischen Wahlen den Rechtssozialisten Anlauf geben könnten, die Nase noch höher zu tragen. Wismehr gewinnt man den Eindruck, daß der große Gulasch bereits mit einer Niederlage rechnet und deshalb eifrig bestrebt ist, die Verbindung mit den Blockgenossen fester zu knüpfen, damit nicht die ganze Regierungsherrschaft der Rechtssozialisten in die Brüche geht.

Moderne Leibeigenschaft.

Im Schlesischen Kleinbauern-Bund werden einige Bestimmungen von Pachtverträgen veröffentlicht, wie sie der vielfache Millionär Graf Thiele-Winkler mit seinen Pächtern abschließt. Was ein Junker sich in der neudeutschen Republik alles erlauben darf, möge man aus den nachstehend wiedergegebenen, dem Pächter durch wirtschaftliche Uebermacht auferlegten Verpflichtungen ersehen:

Die Gutsherrschaft ist berechtigt, die Pachtzelle zu jeder Zeit ohne Kündigung innerhalb der Pachtbauer entweder ganz oder geteilt zurückzunehmen. Es erhält jedoch der Pächter die darauf stehende Frucht nach der Abschätzung eines vereidigten von der Verpächterin zu wählenden Taxators, gegen dessen Taxe Einsprüche nicht erhoben werden können, vergütet.

Pächter sind verpflichtet, sich der Gutsherrschaft vornehmlich bei Getreideernte zur Verfügung zu stellen, widrigenfalls die Gutsherrschaft berechtigt ist, das Vertragsverhältnis innerhalb der Pachtbauer aufzulösen.

Bei Furschäden infolge von Reitzjagen hat sich der Pächter mit dem seitens des Verpächters ermittelten Schadenersatzbetrage zufrieden zu geben.

So werden durch „Vertrag“ wieder Zustände eingeführt, die fast an die leibeigenchaftlichen Verhältnisse der Feudalzeit erinnern. Graf Thiele-Winkler fährt auf dem doppel. Sein Jahreseinkommen belief sich unmittelbar vor dem Kriege auf jährlich etwa 4 1/2 Millionen Mark. Die rigorosen Bestimmungen über die Kündigung und „Einschätzung“ lassen auf die übrigen Bestimmungen schließen. Das gräfliche Millionenvermögen und die Verpflichtungen der Pächter stehen in innigstem Zusammenhang. Graf Thiele-Winkler verfügt über einen Grundbesitz von 134 000 Morgen. In einem einzigen Tage, am 1. Oktober 1920, wurden 53 Verträge der vorgezeichneten Art abgeschlossen.

Streikende Bauern.

Im hannoverschen Tageblatt vom 27. Januar 1921 wird berichtet: In einer von 350 Landwirten besuchten Versammlung wurde die gesamte Haferbewirtschaftung und besonders die Haferumlage einer scharfen Kritik unterzogen. Man beschloß einstimmig: 1. Die Haferumlage nicht zu erfüllen; 2. Bei etwaigen Zwangsmassnahmen der Regierung in solidarischer Kampffront mit Repressalien zu antworten; 3. wenn der Regierung die Willensbedingungen nicht genügen, eine schlichtliche Verpflichtung aller Landwirte zur Durchführung dieser Beschlüsse, Urabstimmung herbeizuführen. Die Versammlung erhoben sich von ihren Plätzen und bekundeten durch ein kräftiges, einstimmiges „Jawohl“ ihr Einverständnis, diesen der Landwirtschaft aufgezwungenen Kampf einmütig aufzunehmen und durchzuführen. Zum Schluß fand folgende Entschlußfassung einstimmige Annahme:

Wir können und wir wollen keinen Hafer liefern und erst recht keine Geldbuße zahlen. Die zahlreich verammelten Landwirte aus dem Kreise Bielefeld legen aus schärfster Verwahrung gegen die Zwangshaferumlage ein. Sie fordern alle Berufsgenossen auf, die Umlage geschlossen zu verweigern. Sie eruchen die Regierung, den Gesekentwurf, wonach für jeden Zentner Hafer eine Geldbuße zu zahlen sei, zurückzuziehen. Die Landwirte werden sich unter Ausnutzung aller Rechtsmittel gegen die Durchführung eines solch ungerechten Gesetzes zu wehren wissen.

Wenn Arbeiter oder Beamte mehr Lohn zum Leben fordern, um die schon jetzt fast unerwähiglichen hohen Preise zahlen zu können, kommt ein Streikverbot. Ob Ebert hier auch mit den Ausnahmebestimmungen antworten wird?

Eine weitere Vocherung der Zwangswirtschaft.

Der Reichswirtschaftsminister für Freizade des Fleisches. Der Ausschuh des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seiner Tagung am 27. Januar mit einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die künftige Gestaltung der Fleischwirtschaft. Nach Darstellung der Regierungsvorrede und der Sachverständigen ist die Erhaltung der Anbaufläche in Frage gestellt, weil die Landwirte den Zwang der gebundenen Wirtschaft ablehnen, der während des Krieges und bis heute die Preise trotz sehr großer Konjunkturschwankungen auf dem Markte gleichmäßig niedrig gehalten hat. Die Landwirte hoffen, im freien Handel höhere Preise zu erzielen und sind zu verbittert gegen jede Zwangsbewirtschaftung, daß zu befürchten ist, daß sie den Anbau von Fleisch überhaupt aufgeben.

Da die Arbeitnehmervertreter an der Preisentwicklung für Leinwand, die heute schon für den Mittelstand fast unerwähiglich ist, uninteressiert sind, stimmte der Ausschuh einstimmig einer Aufhebung der Beschlagnahme von Stadtschrot und Rohschaf für die Ernte 1921 zu.

Die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung wird jedenfalls die Wirkung haben, daß die Arbeiter an der Preisentwicklung für Leinwand noch uninteressierter werden, daß Leinwand zur Luxusware wird. So wird endlich mit der verdammten Begehrlichkeit der Arbeiter aufgeräumt, die sich auf menschenwürdige Lohn- und Leinwände verweist.

Aus dem bayerischen Justizjumpf.

Der Mordanschlag auf Dr. Magnus Hirschfeld bleibt ungeklärt.
Berlin, 1. Februar. Wie die „Dena“ erfährt, hat der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht München I das im Verfolg des am 4. Oktober 1920 in der Eichenanlage in München auf Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld verübten Ueberfalles wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs eingeleitete Verfahren eingeleitet, da die umfangreichen Erhebungen keine Anhaltspunkte zur Ermittlung der Täter erbrachten. Die Untersuchung ergab, daß ein Anschlag gegen Dr. Hirschfeld zwar bereits vor dessen Ankunft in München geplant und vorbereitet war, doch sind die eigentlichen Täter im Dunkel der Nacht entkommen, so daß es nicht mehr möglich war, sie ausfindig zu machen.

Ein Lichtpunkt in dieser dunkeln Angelegenheit ist nur das Eingeständnis des Staatsanwalts, daß die bayerische Nacht dunkel ist, sehr dunkel! Da haben es reaktionären Mordbuben aut.

Die Unerfülllichen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände hat in einer Eingabe an die Reichsregierung das Verlangen gestellt, ihr für die Mithaltung beim Steuerabzug pro Arbeiter und Jahr 50 bis 60 Mk. Entschädigung zu zahlen. Die Unternehmer sind also offenbar nicht damit zufrieden, daß die Steuern in rigorosster Weise vom Beschäftigten und den Nichtbesitzenden aufgebracht werden, sie wollen auch noch einen erheblichen Teil des den Arbeitern vorbehaltenen Einkommens in ihre eigenen Sädel lenken. Wie wäre es denn, wenn die Unternehmer einfach ermächtigt würden, den Arbeitern und Angestellten bei jeder Lohnzahlung noch ein paar Prozent mehr abzuziehen, um damit die Kapitalisten für ihre Mühe zu entschädigen?

Der Blochading in Rußland lockert sich.

DA. London, 1. Februar.
In der Hoffnung der baldigen Wiederherstellung eines normalen Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland haben die englischen Schiffahrtsgesellschaften beschlossen, schon jetzt ganz regelmäßig Dampferfahrten mittels Eisbrechern zwischen England und Repal aufrechtzuerhalten. Laut offizieller britischer Daten der englisch-russischen Handelskammer betrug der Export Englands trotz des Nichtvorhandenseins eines regelrechten Handelsabkommens nach Rußland im November 2.200.000 Pud verschiedener Waren, wovon der Hauptanteil auf Manufakturwaren entfiel.

DA. Riga, 1. Februar.
Die lettische Regierung hat beschlossen, sämtliche von den Deutschen im Kriege gebauten Eisenbahnlinien umzubauen und ihnen die Schienenbreite der russischen Eisenbahnen zu geben; man nimmt an, daß dieser Entschluß der lettischen Regierung aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt ist, da Lettland durch seine geographische Lage dazu berufen ist, im Transit-Handel mit Sowjetrußland eine hervorragende Rolle zu spielen. Man hofft, daß der regelrechte Handelsverkehr in 3 Wochen wird aufgenommen werden können.

DA. Helsinki, 31. Januar.
Der finnische Ministerrat hat die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland offiziell bekanntgegeben.

Ein Riesenprojekt in Moskau.

Der Moskauer Funddienst berichtet, daß in Moskau ein sensationeller Prozeß seinen Anfang genommen hat. Mehrere Kommissare, Truppenkommandeure und Intendantenbeamte stehen vor dem revolutionären Gericht unter der Anklage, Unregelmäßigkeiten bei Heereslieferungen und Geld- und Warenunterstützungen zumungunsten des Staates begangen zu haben. Die Zahl der Angeklagten beträgt etwa 100. Die meisten von ihnen gehören der kommunistischen Partei an.

Der frühere ungarische Ministerpräsident als Anstifter zum Mord.

Wien, 2. Februar. Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, hat die Budapest Staatsanwaltschaft beschlossen, auf Grund der gepflogenen Erhebungen gegen Stefan Friedrich die Anklage wegen Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tisza zu erheben.

Enüchterung in Frankreich.

Die sozialistische Föderation des Oberrheins hatte kürzlich in Mülhausen ihren Kongreß abgehalten. Aus den Berichten ergab sich, daß vier Fünftel der Mitglieder der Partei bei der alten Partei verblieben sind. Das ist um so bedeutungsvoller, als sich auf dem Kongreß von Tours Beschlüsse und Gegner des Anschlusses an Moskau ungefähr die Waage hielten. Fast alle sozialistischen Kreis- und Gemeindevorsteher haben sich für die alte Partei erklärt. So ist von den 18 sozialistischen Gemeindevorstehern in Mülhausen nur ein einziger zur neuen kommunistischen Partei desertiert, während die 12 Stadtverordnete umfassende sozialistische Gemeindevorstellung in Colmar geschlossen in der alten Partei geblieben ist. Ebenso sozialistischer sind fast alle Gemeindevorsteher von Marzillat, Saint-Kreuz, Gebweiler, Sals u. a. Orte mit vorwiegend Ausnahmen mit der alten Partei. Bei einem in der sozialistischen Sektion von Lillie vorgenommenen Referendum haben sich von 1688 Mitgliedern nur 61 für den Anschluß an Moskau ausgesprochen. Der alten französischen sozialistischen Partei bleiben also 1592 Mitglieder erhalten. Ebenso ergaben auch alle sonst in Frankreich vorgenommenen Abstimmungen erhebliche Verluste für die neuen Kommunisten. So sind in der Mars-Föderation nur noch 487 gegenüber 608 Stimmen anlässlich des Kongresses von Tours abgegeben worden. Da die Partei vor dem Kongreß in Tours über 1100 Mitglieder besaß, so sind die Kommunisten auch in diesem Besitz in die Minderheit gelangt.

Italien beschlagnahmt das deutsche Eigentum

Rom, 30. Januar. Die Regierung erließ ein Dekret über die Konfiskation des deutschen Eigentums über 50.000 Lire, das vom Obersten Rechnungshof unter dem Vorbehalt seiner juristischen Korrektheit registriert wurde. Trotzdem besteht die Hoffnung, daß es vorläufig nicht angewandt wird. Jedenfalls muß das Dekret noch dem Parlament vorgelegt werden, was freilich auch nach seiner Durchführung geschehen könnte. Endlich enthält das Dekret die Bestimmung, daß Deutschland das konfiszierte Eigentum ablösen kann.

Es ist bedauerlich, daß die italienische Regierung die Politik der Wählgang, die sie bisher hauptsächlich unter dem Druck des Proletariats, in der Frage der Beziehungen zu den ehemals feindlichen Staaten verfolgt hat, mit diesem Beschluß, der eine äußerst feindselige Maßnahme darstellt, aufgibt, und es ist nur zu hoffen, daß das italienische Proletariat auf dem Posten bleibt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Bevorstehende Revision des Vertrages von Sèvres?

Nach einem Londoner Telegramm des Velt Parities trägt man sich in London immer mehr mit dem Gedanken, den Vertrag von Sèvres vollständig zu revidieren. Gewisse Zeitungen stehen nicht an, offen zu erklären, daß der Vertrag vollständig neu gestaltet werden müsse.

Die Expansion des Sowjetgedankens.

Die Republiken Daghestan und Gorki sind zu autonomen Sowjetrepubliken erklärt worden. Die Republik Daghestan umfaßt das frühere Daghestangebiet, die Republik Gorki insgesamt die Gebiete Tschekisch, Grochnj, Weden und das Kistargebiet, das

an dem rechten Uferufer befindet. Dazu gehört auch das Gebiet von Wabikawkas.

Die neuesten Sowjetrepubliken umfassen das Gebiet des nördlichen Kaukasus in der unmittelbaren Nachbarschaft Georgiens. Durch diese neueste Gründung ist die Einschließung Georgiens durch Wajassan Rußlands in Sowjetrepublikanischer Aufmachung vollendet.

Die tschechische Regierung gegen die ungarische Mordjustiz.

Die tschechische Regierung hat nach Budapest ein Telegramm geschickt, in dem sie gegen die Verurteilung der Volkskommissare Protest einlegt und die Nichtvollstreckung der Todesurteile verlangt. Sie hofft, daß diese Intervention einen Erfolg haben werde.

Eine neue Randstaatenkonferenz.

Wie der Rigaer Vertreter der Dena meldet, wird demnächst in Riga eine neue Randstaatenkonferenz stattfinden, an der Vertreter Polens, Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens teilnehmen werden. Die Konferenz wird bedeutsame Entscheidungen für die wirtschaftliche Zukunft der gesamten baltischen Staaten zu fassen haben.

Fraktionspaltung in Norwegen. Nach der Spaltung der norwegischen Arbeiterpartei hat sich jetzt auch die sozialistische Fraktion des Storting in zwei Gruppen getrennt; von 19 Abgeordneten gingen neun zu der neuen Partei über.

Bucharin Gesandter in Finnland. Bucharin ist zum bevollmächtigten Vertreter Sowjetrußlands bei der finnischen Regierung ernannt worden.

Amerikanisches Getreide für das europäische Hilfswerk. Hoover teilt mit, daß er das Angebot der Farmor des Mittellandes, eine Million Bushels Getreide für das europäische Hilfswerk zu geben, angenommen habe.

Ordensspierei in Sowjetrußland. Der Befehlshaber aller bewaffneten Kräfte der Räterepublik, Kamenoff, und der Kommandeur der ersten Kavalleriearmee, Budennj, wurden vom allrussischen Zentral-Exekutivkomitee durch Verleihung einer Ehrenfeuerwaffe am roten Bande ausgezeichnet.

Der mittelamerikanischen Staatenbund. Nach einer Havas-Meldung aus Costa Rica ist in San José das Abkommen über den mittelamerikanischen Bund durch die Bevollmächtigten von Costa Rica, Guatemala, Honduras, Nicaragua und San Salvador unterzeichnet worden.

Abgabe der sinesisch-japanischen Militärkonvention. Wie Neuter meldet, haben die sinesischen und japanischen Militär- und Marinebehörden ein Uebereinkommen unterzeichnet, wodurch die japanisch-sinesische Militärkonvention, die das Zusammenarbeiten der beiden Mächte für den Fall eines feindlichen Einbruchs in Ostibirien geregelt hat, aufgehoben wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistische „Arbeit“ in den Gewerkschaften.

Eine Probe kommunistischer „Arbeit“ in den Gewerkschaften wurde in der Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes der Verwaltungskette Leipzig am Dienstag Abend gegeben. Die äußerst wichtige Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartikels und Neuwahl der Delegierten; Beschlußfassung über Extrabelträge und die fünf Stuttgarter Forderungen, hatte das lebhafteste Interesse zahlreicher Mitglieder erweckt. Der große Volksauslaß war überfüllt, viele Kollegen fanden keinen Einlaß. Ein Besuch, wie er eigentlich, entsprechend der Mitgliederzahl der hiesigen Metallarbeiter schon immer hätte stattfinden müssen. Doch sehr bald mußte man die Feststellung machen, daß eine Anzahl der Besucher nicht den Zweck verfolgte, praktische Beratung und Mitarbeit zu leisten, sondern daß sie aus anderen Gründen in die Versammlung dringt worden waren.

Sogleich an Beginn wurde von kommunistischer Seite der Antrag auf Umstellung der Tagesordnung eingeleitet. Als erster Punkt sollten die fünf Stuttgarter Forderungen behandelt werden, die gegenwärtig zugriffstige der vielen kurzlebigen Kampfparteien der kommunistischen Partei. Ein wütendes Barmen setzte ein, als Kollege Nischke diesem Antrage entgegentrat. In ruhiger, sachlicher Begründung führte er aus, daß es notwendig sei, die Tagesordnung so zu erledigen, wie sie von der kleinen Ortsverwaltung festgelegt sei. Die Anträge, die in letzter Zeit gegen das Gewerkschaftsartikels gerichtet wurden, erfordern, daß der Bericht der Kartelldelegierten entgegengenommen werde und die Neuwahlen erfolgen, damit wir als stärkste Organisation am Orte nicht ausgeschlossen würden von der Mitwirkung bei den ferneren bedeutenden Arbeiten im Kartell. Aber auch der 2. Punkt bedürfte der sofortigen Erledigung. Der Lohnkampf habe die schwersten Anforderungen an unseren Kampfvermögen gestellt und die Erfahrungen aus diesem Kampfe verlangen, daß eine sofortige Gründung der finanziellen Verhältnisse herbeigeführt werde. Die Art der bisherigen Erhebung der Extrabelträge habe Mißstimmung in weiten Mitgliederkreisen hervorgerufen und andererseits würde es die große Zahl der gemäßigtesten Kollegen nicht verstehen, wenn die Regelung ihrer ferneren Unterstützung beiseite geschoben würde.

Die Abstimmung ging unter dem ständigen Lärm und der kommunistischen Regie vor sich. Von verschiedenen Stellen erfolgten die Kommandos „Hände hoch“. Trotzdem mußte der Vorsitzende Lieberach feststellen, daß der Antrag nach zweimaliger Abstimmung abgelehnt sei. Diese unparteiliche Feststellung trug ihm allerdings eine erge Stäubung seines Parteifreundes Born ein. Lieberach mußte sich sagen lassen, daß er sich zu ungunsten der Kommunisten habe beeinflussen lassen. Diese Behauptung war eine ganz willkürliche, es war Born bei der Ueberfüllung des Saales gar nicht möglich, von einer entfernten Stelle des Saales aus die Abstimmung zu überprüfen. Die unparteiliche Feststellung mußte der Versammlungsleitung überlassen werden. Aber hier arbeitete sein Parteifreund nicht mit der befohlenen Art. Deshalb der Einspruch.

Trotz der Ablehnung des kommunistischen Antrags konnte die Tagesordnung nicht erledigt werden. Die kommunistischen Sprengminen waren angeht und mußten zur Entladung kommen. Dem Berichterkatter wurde es durch planmäßig einsetzenden Lärm von verschiedenen Stellen aus unmöglich gemacht, den Bericht zu geben. Eine planlose Geschäftsordnungsdebatte setzte ein. In deren Verlauf behauptete Lieberach, in einer Zusammenkunft von Funktionären, die auf dem Boden der U. S. V. stehen, sei die Umstellung der Tagesordnung erfolgt. Er glaubte damit den Anhängern der U. S. V. den Willen zur Spaltung nachweisen zu können. In Wirklichkeit verriet er sich selbst und allen kommunistischen Spaltwässern die schändliche Ohrfeige. Sofort nach der Spaltung der U. S. V. setzte von dieser Seite die Bildung kommunistischer Fraktionen und Sonderorganisationen ein, öffentlich erfolgten die Einladungen durch die Presse und in den Versammlungen. Ihre Befehle erhält die kommunistische Fraktion von der Parteizentrale der U. S. V. Wenn nun diesen offensibaren Spaltungsbestrebungen von den U. S. V. Genossen ein Verbot geboten wird, ist es sofort „Berra“.

Am heftigsten wurde von kommunistischer Seite der Antrag bekämpft, die Tagesordnung in Bezirksversammlungen zu erledigen und die Wahl durch Urabstimmung vorzunehmen. Die Urabstimmung fürchten die Kommunisten, wie der Leutnant des Wehrwaffers, weil es ihnen dabei nicht so leicht möglich ist, mit einem großen Aufwand von Lungenkraft ihre geistige Impotenz

zu verdecken. Der Antrag wurde schließlich doch angenommen. Die Abstimmung, die bei der Durchführung der Versammlung durch die Abgabe eines Stimmscheitels an Saalaustragen erfolgte, ergab folgendes Resultat: 2100 stimmten für die Urwahl, 1140 stimmten gegen die Urwahl, 31 Stimmen waren ungültig. Die übergroße Mehrheit entschied sich somit für eine geregelte Abwicklung der ferneren gewerkschaftlichen Arbeit. Es ist bei dem gesunden Sinn der Leipziger Metallarbeiter zu erwarten, daß bei der Urwahl die Absicht an alle der gewerkschaftlichen Arbeit feindlich gesinnten Elemente eine noch nicht größere wird.

Wir richten den dringenden Appell an alle denkenden Metallarbeiter, sich zahlreich bei den Bezirksversammlungen einzufinden und restlos an der Urabstimmung zu beteiligen, die Vorgänge in der gestrigen Versammlung müssen der Antwort sein, nun erst recht zu arbeiten, damit das letzte Vollwerk gegen die Unternehmerrückwärts, die Gewerkschaft, erhalten bleibt. Laße sich kein Kollege durch den kommunistischen Rabau von der Erfüllung seiner sozialistischen und gewerkschaftlichen Pflicht abhalten.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 12 ist erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt haben wir hervor: Ein Jahr der Arbeit. — Die Betriebsrateliste. — Neuwahlen der Betriebsräte. — Ergebnis der Rundfrage wegen Einstellungsmöglichkeit von Arbeitslosen. — Lebensmittelpreise in Leipzig. — Arbeitslosigkeit in den Leipziger Gewerkschaften u. a. m.

Der Leipziger Betriebsrat ist bei allen Gewerkschaftsfunktionären, Verbandsbureaus und im Gewerkschaftsartikels, Abt. Betriebsräte, zu haben.

Aus der Eisenbahnerbewegung.

Auch in den Reihen der nicht freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahnbeamten und Anwärter befruchtet das Ergebnis der letzten Lohnbewegung nicht voll. So sah eine gutbesuchte Versammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter die am 30. Januar im Zoologischen Garten in Leipzig tagte, eine Entschloßung, in der es heißt:

Die am 30. Januar 1921 im großen Saale des Zoologischen Gartens tagende Versammlung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter erklärt die Zugeständnisse der Regierung als durchaus unbefriedigend, ganz besonders deshalb, weil die unteren Ortsklassen nicht genügend berücksichtigt worden sind, dann aber auch, weil mit Rücksicht auf die große Not der unteren Gruppen die Staffelfestlegung der Leuerungsbezüge lediglich nach Ortsklassen nicht als sozial gerecht anerkannt werden kann.

Weiter wird in der Entschloßung Einverständnis mit der Forderung der Mitglieder der Reichsgewerkschaft des 18. Ausschusses erklärt und verlangt, daß auf dem Weg der Verhandlungen verjagt wird, die bestehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Die Versammelten waren der Meinung, daß in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage des Reiches die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, des Streiks, nicht empfohlen werden kann.

Organisierter Unternehmerrkampf im Bäckerberwe.

Die Leipziger Bäckermeister führen gegen den Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufe einen verzweifelten Kampf. Herr Obermeister Wuttke, Reudnitz, Slegismundstraße 4, schmiedet dazu die Pläne, die Bäckermeister führen die Taten aus. Einige reaktionäre Heißsporne tun sich ganz besonders vor. Zu diesen Leuten gehört der Bäckermeister Fritz Delmann, Großschöcher-Windorf, Hermann-Beier-Str. 18. Nicht nur Verbandsfunktionäre werden hinausgefördert, dieser Herr brachte es auch fertig, dem Verbandsangestellten die Tür zu weisen, als er sich in höflichster Form vorstellte, um eine Streitfrage zu erledigen. Delmann hatte in einer Tageszeitung einen Schilling gelehrt, um nicht den Tariflohn zahlen zu brauchen, obwohl ein patentierte Arbeitsnachweis befehlt und sämtliche Kräfte dort anzufordern sind. Diese Angelegenheit konnte keine Erledigung finden, da der Herr jedes Mitbestimmungsrecht der Bäckergehilfen ablehnt.

So entpuppen sich Bäckermeister in Arbeitervierteln. Wie überlassen der Arbeiterschaft von Großschöcher-Windorf das Urteil, ob sie es mit ihrer Arbeiterehre noch vereinbaren kann, zu den Kunden dieses Arbeiterleides zu zählen.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verw. Berufe.

Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Wie in einer in Lugau abgehaltenen Betriebsrätekonferenz für die Bergarbeiter im Lugau-Delesner Kohlenrevier bekanntgegeben wurde, werden mit dem 31. Januar in sämtlichen Bergbaubezirken die bestehenden Lohnsätze gekündigt. Es soll ein einheitlicher Reichstaxi eingereicht werden.

Die tschechischen Gewerkschaften.

Wie in allen Ländern, so hat auch in der Tschechoslowakei die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen. 1918 mufterten sie 161.247 Mitglieder, die bis Ende 1918 bereits auf 727.035 gestiegen waren. Das Gesamtvermögen ist in dem gleichen Zeitraum von 3 auf 12 Millionen Kronen gestiegen. Die stärksten Verbände sind die der Landarbeiter (178.650 Mitglieder), Metallarbeiter (118.897), chemische Industrie (77.887), Bergarbeiter (65.107), Eisenbahner (55.470), Textilarbeiter (40.610).

Der Zuwachs der Gewerkschaften hat die Unternehmer nicht nur mit Besorgnis erfüllt, sondern sie auch zum verstärkten Zusammenschluß geführt. Sie rüsten zum Ansturm. Sie fordern die Beseitigung aller Arbeitsverträge, um sie zu „revidieren“. Mit den Arbeitern wollen sie erst nach gründlicher Vorbereitung, niemals aber auf Grund von Verlangen, die von den Arbeitern ausgehen, verhandeln.

Von Nah und Fern.

Ein Verbrechen auf dem Großen Sankt Bernhard.

Ein geheimnisvolles Verbrechen hat sich dieser Tage in der Nähe des Holzplatzes auf dem Großen Sankt Bernhard abgespielt. Die Hunde des Holzplatzes waren durch in der Nacht erschallende Revolverkugeln alarmiert worden. Sie wurden sofort von der Kette gelöst und führten, gefolgt von den Mönchen, auf den schneebedeckten Wasweg. Nicht weit vom Holzplatz entfernt rief man auf im Schnee liegenden Leichen von drei Italienern, die von Kugeln durchschossen und aller Wertgegenstände beraubt waren. Die Untersuchung führte zu der Feststellung, daß die drei ermordeten Männer ohne Führer von Asola aus ihre Wanderung angetreten hatten. Man hatte sie zuletzt in dem, in 1000 Meter Höhe liegenden Dorfe Stanord gesehen, und es ist zu vermuten, daß sie von hier aus den Weg nach dem Großen Sankt Bernhard eingeschlagen hatten. Nach dem im Schnee zurückgelassenen Spuren zu schließen, waren die Mörder mit Schneeschuhen ausgerüstet. Man hat sofort alle Waswege auf der schweizerischen und italienischen Seite mit Posten besetzt und die Verfolgung der Mörder eingeleitet. Die Polizei wird bei ihrer Suche von den Mönchen und ihren Hundes unterstützt.

Entdeckung einer Fallschirmjägerwerfstätte.

Hannover, 2. Februar. In Verden an der Aller wurde eine Fallschirmjägerwerfstätte aufgefunden und fünf Personen verhaftet, die 30-Mark-Scheine in großer Anzahl angefertigt und in den Verkehr gebracht hatten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Kleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Weller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Mündliche Bekanntmachungen.

Tausch. Am 1. Februar 1921 sind fällig: die Staatsgrundsteuer mit 15 Pfa. von jeder Steuerpflichtigen, die städtische Grundsteuer für den 3. Termin 1920. Die Hausbesitzer oder ihre Vertreter werden um Einzahlung dieser Steuern bis zum 14. Februar 1921 ersucht.
Der Stadtrat zu Tausch.

Brennholzabgabe im Connewitzer Revier.
Sonnabend, den 5. Februar sollen die Nummern 891 bis 9100 mit Brennholz beliefert werden. Bezahlung und Uebergabe im Geräte-Schuppen der Straßenreinigung (Hofstraße) von 8 bis 11 Uhr. Sämtliche Abfuhr erforderlich. Abgabe von Heißhaufen (ohne Nummern) beseitigt.
Leipzig, den 1. Februar 1921.
Der Rat der Stadt Weissa.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Westen I und II.
Freitag, den 4. Februar, abends 7 1/2 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Teubners Restaurant, Ecke Frankfurt und Weitzstraße. Tagesordnung: Kommunale Steuerpolitik und die Wirkung der Reichseinkommen- und -Zugsteuer. Red.: Stadtv. Gen. Karl Kromer, 2. Freie Ausprache. 3. Bericht über den Zahlreichen Besuch erwarten.
Die Bezirksleiter.

U.S.P.D. Eilenburg

Am Freitag, abends 8 Uhr, spricht im Schützenhaus Reichstagsabgeordneter **Rauto** über: Die Preußenwahlen. Sonst für zahlreichem Besuch! Der Vorstand.

Gr. öffentlicher Aufklärungsvortrag

mit farbigen Lichtbildern.
Donnerstag, den 3. Februar, 8 Uhr, **Gemeinschaftsvereine, Homosexualität, Sadismus, Geschlechtskrankheiten und deren Folgen.**
Öffene, belehrende und aufklärende Worte für Jung und alt.
Vortrag: **P. Obenaus, Leipzig.**
Anfang 7 1/2 Uhr. Am reichlichen Besuch dieses wirklich interessanten Vortrages wird gebeten.
Anfang 7 1/2 Uhr. **Wichtig! Zuckerkäufen u. Holzkaufen.** Woche angelegte Vortrag wurde irrtümlicherweise von der Behörde unterlagert und findet am Freitag, 4. Februar, 8 Uhr, statt.

Moderne und geschmackvolle Drucksachen

für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen
Leipziger Buchdruckerei AG
Tauscher Str. 19-21. Fernsprecher 4596
Rotationsbetrieb bestens geeignet für sämtliche Lieferungen von Massenaufträgen

Donnerstag, Freitag und Sonnabend Billiger Fleisch- u. Wurstverkauf

Markthalle, Galerie, Stand 65.

Billige Schnürsenkel, Mako

70 Mk. für 100 Paar im Karton paarweise gebündelt.
Conrad Schreiber, Pfaffendorfer Str. 5.

Radfahrer! Achtung!

Wir protektieren alle abgefahrenen Radreifen.
Prima Gummilauffläche. Reifen werden wie neu. -- Ein Versuch überzeugt.
Keine Reifensorge mehr. Stets Laser in neuen Fahrrad-Decken u. -Schläuchen
Preuß & Rauer
Verkehrsanstalt
Leipzig-Anger 6925 Zweinaundorfer Straße 11

ff. Leder-Ausschnitt

empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Das Zahnpulver Nr. 23

- Gesetzlich geschützt. -
Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt **P. Bahr.**
Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. In allen Apotheken und Drogerien.

Leipziger Schweiz
Seeburgstraße 30
Neu renoviert / Keine Dekor.
Sente und folgende Tage
Bockbierfest
Urüblicher Betrieb
ff. Weine - Gute Küche
Koppen gratis
Gesellschaftszimmer
einige Tage frei.
Kurt Weitz, Tanzlehrer

Obstbäume
Arienauswahl in all. Form. u. Größ. Pfannm., Kirsch., Wein, Beeren, Rosen, hoch u. niedr., Biertränke, etc. billig
Verl. **Frankrich, fr. Beder, Gohl, verl. Barler Str., Bierleisweg.**
Offene Beine. Unteridentel-Nagelabschäden behandelt nach bewährter Methode
Apotheker Hauptmann, U. Gohlis, Markbachstraße 2, Straßenbahn 6. Sprechtzeit 10-1 3-5. Sonnt. norm.

In unsem Verlage erschien:
Die Reichseinkommensteuer
Gemeinverständliche Darstellung des Reichseinkommensteuergesetzes f. Arbeiter, Angestellte u. Beamte unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinkommens mit Beispielen für die Steuerberechnung, Steuer-Tabelle und Tarif.
Von **Rudolf Weck, Königsberg i. Pr.**
Preis 1.50 Mk.
Alle Austräger u. Filialen der Volksetzungen nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abt. Buchhandlung
Tauscher Straße 19/21.
Aufpolstern von Sofas und Matrasen. Fohelstraße 33.

Billige Anzüge

für die minderbemittelte Bevölkerung.
Anzüge Qualität A, B, C, D werden an Wiederverkäufer und Hausierer nicht abgegeben, sondern nur an persönlich erscheinende Käufer.
Die Stoffe zu den Anzügen Qualität A und C sind vom Reichskleiderlager Leipzig geliefert und zeichnen sich durch große Haltbarkeit aus. Bei Stoffen Qualität B und D, die freihändig ab Fabrik bezogen wurden, ist neben Haltbarkeit auch geschmackvolle Ausmusterung berücksichtigt. Die Anzüge sind mit guten Friedenszutaten versehen und ganz gefüttert. Sie sind in reiner Gesellenarbeit in meinem eigenen Berliner Großbetrieb hergestellt. Schnitt, Sitz und Paßform meines Fabrikates sind als mustergültig bekannt.

	A	B	C	D
Herren-Anzug moderne glatte Form	300	320	330	380
Herren-Anzug Sportform, Umschlag-Hose	315	335	345	395
Burschen-Anzug Oberweite 78-86, Sportform, Umschlag-Hose	285	300	315	345
Konfirmanden-Anzug Oberweite 70-76, Sportform, Umschlag-Hose	260	270	285	320
Jünglings-Anzug, Sacco gefüttert Hochgeschlossene Sportform, Knie-Hose.	195	210	220	260

Anzüge aus hochwertigen Stoffen in neuester Ausmusterung Mk. **450.- 740.-**
Reichsanzüge ohne Bezugschein Mk. **180.- 184.- 245.-**

Friedrich Treumann

Rosßplatz 1 LEIPZIG Rosßplatz 1

U.S.P.D. Alt-Leipzig, Bezirk Osten
Sonnabend, den 12. Februar
im Ballhaus Pantheon
Familien-Abend mit Ball
Mitwirkende: Sänger des Leipziger Notenstecher-Männerchors sowie des Wolf-Orchesters (Wiener Besetzung), Auftreten der Kunstreiter-Mannschaft vom Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität Abteilung L-Ost und der Gebrüder Aristo (Kraftakt), Mitglieder des Arbeiter-Athletenbundes, Bezirk Leipzig
Einlass 5 Uhr. **Tanz frei!** Anfang 6 Uhr.
Der Eintrittspreis beträgt einschliesslich Kartensteuer Mk. 1.50. Karten sind zu haben bei den Funktionären, in den bekannten Lokalen und an der Kasse.
Zu diesem genussreichen Abend ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Telephon 1167 Zahlstelle Leipzig Telephon 3407
Büro: Gernerstr. 1, 11, Hotel Victoria, Zimmer 16-18 und 23-24, Weststr. 10-12, Zimmer 10-12 u. 4-6 Uhr, Sonnabend durchgehend von 9-11 Uhr, Zimmer 33 von 3-6, Sonnabend von 1-3 Uhr
Für glatten Ablauf der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftsgänge auch pünktlich einzubringen

Delegierte und Betriebsräte.
Freitag, den 4. Februar 1921, abends 5 Uhr, im **Volkshaus (Kolonnade)**
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vorlegung des Geschäftsberichts, 2. Aufstellung der Kandidaten für die gesamte Ortsverwaltung, 3. Stellungnahme zur Wahl der Bureauangestellten, 4. Stellungnahme zur Wahl eines Betriebsrätesekretärs.
Ausweis ist vorzulegen.
Mittwoch, den 3. Februar 1921

Generalversammlung

im Volkshaus (großer Saal).

en gros en detail
Holzschuh- und Pantoffelfabrik Reiff & Dorn
Telephon 19834.
Spezialität: **Echt Leder-**schuhte mit Holzsohle
Holzschuh-Beizehung
Holzschuh- und Pantoffelsohle
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Verkaufs- u. Annahmestellen
Hauptgeschäft: U. Stötterstr. 10, Wasserurmstraße 10, Zweigstellen: Anger, Wölftauer Str. 39 und Sellerh. Wurmer Str. 43.
Felle w. ausgerollt u. gefärbt
Partmann, Ang. Angerstr. 27

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Familien-Nachrichten
Allen lieben Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht das unter Heiner Dergenslebting
Herbert Ottomar
am 2. Februar, neun Tage vor seinem 1. Geburtstag verstorben ist.
Am kühlen Beileid bitten
L. Lindemann, den 2. Februar 1921
Solltestraße 12, II. 1.
Otto Sachse und Frau
Familie Herm. Holzapfel

Nach schwerem geduldt ertragenem Leiden verschied am Montagmorgen 1/6 Uhr mein lieber Mann, unser treuer Vater, unser guter Sohn und Schwiegersohn, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Werkmeister
Johann Janas
im 53. Lebensjahre. - In tiefem Weh
L. W. Köhler, Ritzbergstr. 27, den 31. Jan. 1921
Berta Janas geb. Weise
im Namen aller Hinterbliebenen.
Beerdigung Donnerstag, nachm. 1/2 Uhr, von der Kapelle des Maderischen Friedhofes aus.

Nach längerer schwerer Krankheit entschlief gestern im Alter von 53 Jahren unser langjähriger Mitarbeiter, der Meister
Johannes Janas
Der Verbliebene hat sich stets als arbeitsfreudiger, zuverlässiger und treuer Beamter gezeigt; sein Verlust trifft uns deshalb besonders hart. Wir danken ihm auch an dieser Stelle für die uns geleisteten Dienste und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Wahren, den 1. Februar 1921.
Dnx-Automobil-Werke Aktien-Ges.
Wahren-Leipzig.

Nach langem schwerem Leiden entschlief Dienstag morgen mein lieber Mann, unser allseitig treuer Vater und Bruder, der
Gastwirt Paul Köhler
im 51. Lebensjahre.
In tiefster Trauer zeigen dies nur hierdurch an
L. P. Wagwitz, den 1. Februar 1921
Karl-Beine-Strasse 71
Auguste Köhler
Fritz und Erhard Köhler
nebst Geschwister.
Beileidsbezeugungen u. Kranzspenden dankend abgelehnt.
Einäschung Freitag, 4. 2., 1/2 11 Uhr, a. d. Sibirierhof.

Dank. Da es uns nicht möglich ist, allen Bekannten und Freunden für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entlassenen, des
Buchhandlungsgehilfen Max Hoyer
persönlich zu danken, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Dir aber, lieber Max, rufen wir ein „Ruhe sanft in dein allgütiges Grab nach.“
Paunsdorf, den 1. Februar 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt Karten. Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Mannes unseres geliebten Vaters fühlen wir uns verpflichtet, allen Bekannten, Verwandten u. lieben Freunden für den überaus reichen Blumenkranz und die teilnehmenden Beileidsbezeugungen nur verbindlich unsere tiefempfindlichen Dank auszusprechen. Dies alles lindert unsere großen Schmerzen um unsern lieben Vater. Du aber geliebter Mann und Vater, ruhe in Frieden mit unserm herzlichsten Dank
Maria Wölkke
im Namen aller Hinterbliebenen

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 2. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Westbezirk. Donnerstag, den 3. Februar, abends 1/2 8 Uhr, Funktionärssitzung in den Westendhallen. Der Bezirksvertreter.

Ortsverein L.-Eutritzsch. Freitag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, Funktionärssitzung im Feldschlößchen. Die Vorstandsmitglieder müssen schon um 7 Uhr dort sein.

Ortsverein Tauscha und Umg. Donnerstag, den 3. Februar, abends 1/2 8 Uhr, wichtige Besprechung der Funktionäre im Goldenen Löwen. Der Vorstand.

Funktionäre L.-Stütz. Donnerstag, den 3. Februar, abends pünktlich 1/2 8 Uhr, Sitzung im Landhaus. Eltern, deren Kinder Ostern die Schule verlassen und an der Feier der Jugendweihe teilnehmen wollen, können ihre Adressen beim Vorsitzenden des Vereins oder beim Obmann des Elternrates W. Große, Stütz, abgeben.

Achtung, Gewerkschaften! Alle Gewerkschaften, die Ansprüche an das Tumultschändengekell stellen, werden ersucht, Freitag, den 4. Februar, vormittags 1/2 11 Uhr, einen Vertreter nach dem Hotel Viktoria, kleines Restaurationszimmer, zu entsenden.

Gewerkschaftsamt Leipzig.

Gruppenrat VI. Graphisches Kartell und Gewerkschaftsvorstände der graphischen Verbände. Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Restaurant Wehmann, Reudnitz, Rathausstraße 9.

U. S. P. Metallarbeiter! Betriebsräte und Vertrauensleute des Nordbezirks werden für Freitag, den 4. Februar, nachmittags 5 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung im Adau-Ausschank, Göhlitz, Eisbühnenstraße, eingeladen. Funktionärsausweis, Verbands- und Parteibuch legitimiert.

Allgemeines Arbeiterbildungs-Institut. Freitag, den 4. Febr., Ausschusssitzung in der Geschäftsstelle. Beginn 7 Uhr.

Die Zukunft der Kirchen.

In einem Orte bei Glauchau hat der Kirchenvorstand die Kirche zu einer Volksversammlung zur Verfügung gestellt.

Darüber herrscht Entfremdung im bürgerlichen Pfaffenwalde. Man spricht von einem Bilde aus dem Zukunftsstaat. Ganz recht! Die Kirchen werden später der Allgemeinheit größere Dienste leisten als jetzt. Heute werden sie nur wenig in Anspruch genommen. Die Zahl der Gläubigen wird immer geringer. Würde die staatliche Unterstützung wegfallen, dann müßten sich viele Pfarrer nach einer gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Beschäftigung umsehen. Die Kirchengemeinschaften würden sehr klein werden, und in Leipzig würde eine oder zwei Kirchen genügen, um an den Sonntagen die „Schar“ der wirklichen Christen aufzunehmen.

Schon jetzt macht die Austrittsbewegung große Fortschritte. Sie wird wachsen, denn die Zeit des Glaubens der Massen an übernatürliche Dinge ist vorbei. Die Erkenntnis über die Entwicklung in der Natur und Gesellschaft nimmt im Proletariat immer mehr zu, und das bringt die Kirche um ihre Anhänger.

Die Kirchengemeinschaften wird niemand antasten. Sie werden aber ihre Geistlichen und ihre Kirchen, ihre Institute selbst zu unterhalten haben. Der Zustand muß aufhören, daß Steuer-gelder des Staates, die von allen Konfessionen und von den Religionslosen aufgebracht werden, zur Befoldung der Geistlichen christlicher Kirchen verwandt werden. Müssen die Gläubigen recht tief in ihre Tasche greifen, um ihre Kirchengemeinschaften zu unterhalten, so wird erst recht eine Fahnenflucht einsehen, denn es gibt viele „Christen“, die das Bezahlen gern anderen überlassen.

So werden die Kirchen zunächst immer mehr veröden. Man wird sie nicht abbrechen. Bewahret! Manche sind Baudenkmäler aus alten Zeiten, und wenn die Gemeinden nicht in der Lage sind, sie zu erhalten, wird die Allgemeinheit die wertvollen Gebäude vor dem Verfall bewahren.

Es ist natürlich ganz selbstverständlich, daß dann die Kirchen auch in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden. Sicherlich werden schon vorher Kirchengemeinschaften froh sein, wenn ihre Kirchen gegen Entgelt von andern Bevölkerungsschichten benutzt werden. Die Kirchen können für Kulturaufgaben verwandt werden. In ihnen kann sich ein reges Versammlungsleben abspielen; sie können insbesondere für künstlerische Zwecke verwandt werden. Die Bevölkerung wird sich in ihnen häufig sammeln, um gute Musik und Gesang zu hören. Kleine Orte haben mitunter keinen großen Saal als nur die Kirche. Hier kann sie Sammelpunkt des geistigen und kulturellen Lebens sein. Die Kirchengemeinschaften haben also noch eine Zukunft!

Die Ratsmehrwirtschaft.

Bekanntlich soll am 1. April d. J. die Arbeitsversuchsschule in dem neuen Schulgebäude in der Zwenkauer Straße in Connewitz ins Leben treten. Das Gebäude war bei Kriegsausbruch soweit fertig, daß zu seinem völligen Ausbau nur noch Arbeiten in Höhe von 14 000 Mk. erforderlich waren. Es wurde aber sofort als Lazarett eingerichtet und erst am 1. Mai 1920 für den Schulbetrieb wieder frei. Im Juni waren das Schulamt und das Hochbauamt mit ihren Plänen für die Versuchsschule fertig — aber nichts geschah zu ihrer Verwirklichung! Das durch den Lazarettbetrieb heruntergewirtschaftete Gebäude blieb bis nach den Michaeliserferien völlig unberührt liegen. Der Volksschulbezirk 5a, der in dem Hause untergebracht werden sollte, mußte seinen Schulbetrieb auf die 5., 6. und 7. Volksschule verteilen. Jeder Laie kann sich sagen, welche Schwierigkeiten für Lehrer und Schüler daraus entstehen müssen. Eine Eingabe des Elternrats hatte den Erfolg, daß lange nach den Michaeliserferien wenigstens 10 Klassenzimmer hergerichtet wurden. Nun ist die Schule schließlich in 4 Gebäuden untergebracht! Im Spätherbst entschloß sich der Rat endlich, die Vorlage über die Versuchsschule den Stadtverordneten zugehen zu lassen, die sie am 22. Dezember annahm. Man hätte doch denken sollen, daß der Rat nun endlich die Arbeiten mit Energie fördern würde. Weit gefehlt!

Als wir am 31. Januar die Schule besichtigten, war sie noch in demselben Zustande wie im Juni 1920. Die Wände waren damals mit Desinfektionsstoffen abgewaschen worden und so ist es bis heute geblieben. Die Fußböden klaffen teilweise weit empor — es ist noch dieselbe Ruine wie vor einem Jahr. Der Ratsbaumeister erklärte uns, daß er noch keinerlei Anweisungen vom Rat hätte (!!) und ohne solche mit den Arbeiten nicht beginnen könne. Die Arbeiten müßten dann ausgeschrieben werden, so daß sie erst nach 3—4 Wochen wirklich in Angriff genommen werden können. 3—4 Monate wird voraussichtlich ihre Ausführung dauern. Von einer Aufnahme des Schulbetriebs am 1. April könne also gar nicht gesprochen werden!

Das Ergebnis ist also, daß der Leipziger Rat bei der entse-

hlichen Raumnot, unter der unser Schulwesen leidet, ein ganzes Jahr lang eine Schule unbenuzt liegen läßt, und noch dazu das neueste Schulgebäude, das die Stadt überhaupt besitzt! Das ist eine unerhörte Bureaukratenwirtschaft. Die Geschichte der Leipziger Versuchsschule ist bis jetzt eine recht eigenartige Illustration für das Wohlwollen, das nach den Versicherungen des Leipziger Oberbürgermeisters der Rat dem Volksschulwesen entgegenbringt.

Erbauliches von der Post.

Uns wird von zuverlässiger Seite geschrieben: Der Postinspektor Paul J. wurde im Februar 1919 am Postamt 1 des Diebstahls überführt. Er wurde vom Dienste suspendiert und ging, bevor es zu einer gerichtlichen Verhandlung kam, zu den Postkontingenten. Da eine gerichtliche Verurteilung nicht vorliegt, galt der Mann, der jetzt wieder in Leipzig wohnt, als beurlaubt und erhielt neben seinen militärischen Bezügen zwei Jahre hindurch seinen Gehalt von der Post weiter. — Wir haben keinen Grund, an der Wahrheit dieser Zuschrift zu zweifeln. Die Deffentlichkeit hat aber das größte Interesse, zu erfahren, ob die Postverwaltung aus eigener Machtvollkommenheit in diesem Falle gehandelt hat oder ob gar der Reichspostminister die Verschleuderung der Reichsgelder in dieser Weise gutheißt und anordnet. Es wäre ja unerhört, wenn allen den Beamten, die sich einmal zu den Postkontingenten „beurlauben“ ließen, für die ganze Dauer ihrer Dienstzeit auch noch der Gehalt weitergezahlt würde. Das wäre allerdings zu der Reichsbefehlswirtschaft wie die Faust aufs Auge.

Den höchsten Zins zahlt die V. A. P. D.

Im Klassenkampf lesen wir: „4 Prozent Zinsen! Wo erhältst du eine höhere Zinszahlung? Nirgend! Erfülle sofort deine Pflicht als Mitglied der VAPD, und zeichne deinen Anteil...“ Das ist die Hölle! Also nur mit hohen Zinsen kann man die „revolutionären“ Kommunisten lockern, Anteilsscheine für das kommunistische Unternehmen zu zeichnen. Es geht doch nichts über die — „Opferwilligkeit“ in der VAPD.

Der Kampf gegen die Schundliteratur. Eine Versammlung von Elternräten, Lehrern und Schreibwarenhändlern von Leipzig-Lindenau fasste folgenden Beschluß: „Die am 27. Januar 1921 versammelten Elternräte, Volkschullehrer und Buch- und



Die Arbeiterschaft und die Forderungen der Entente!

Mit diesem aktuellen Thema wird sich am Sonntag, dem 6. Februar, vormittags 10 Uhr eine

Deffentl. Versammlung im Zoo

beschäftigen, welche die U. S. P. Groß-Leipzig veranstaltet.

Männer und Frauen! Die Folgen der imperialistischen Politik treffen schwer die Arbeiterklasse, wenn sie sich nicht zu einem entschledenen Protest, zu einer energielichen Gegenwehr aufrafft.

Erscheint daher in Massen!



Schreibwarenhändler von Leipzig-Lindenau fordern die Stadtverordneten auf, gegenüber der Schundliteratur sich auf den Standpunkt des sächsischen Kultusministers zu stellen und das Schulamt zu veranlassen, einheitliche und durchgreifende Maßnahmen gegen den Verkauf der Schundliteratur an die Schulkinder anzuordnen und gegen die Damierhandlungen auf allen zulässigen und erfolgversprechenden Wegen vorzugehen.“ Besonders erfreulich an diesem Beschlusse ist die Bereitwilligkeit der Buch- und Schreibwarenhändler, gemeinsam mit den Lehrern und Elternräten dem Unwesen zu Leibe zu gehen. Das wird den städtischen Behörden ihre Stellungnahme bedeutend erleichtern.

Amerikanische Spende. 500 000 Ellen Planel in Wert von ein Millionen Mark und außerdem einige hundert Tonnen Kleidungs-material, zusammen einen Wert von über 20 Millionen Mark darstellend, sind, wie man uns schreibt, vom amerikanischen Roten Kreuz durch Vermittlung der Quäker nach Deutschland geschickt worden. Der Zentralausschuß für Auslands-sitze (Berlin) hat die Verteilung in Deutschland vorgenommen. Hieron sind dem Wohlfahrtsausschuß Leipzig-Stadt drei Risten Planel und eine Riste Kleider, Leipzig-Amtshauptmannschaft eine Riste Planel zugeteilt worden.

Vom Dividendenlegen in Leipzig. Der Aufsichtsrat der Kammergarnspinnerei zu Leipzig hat beschlossen, nach reichlichen Abschreibungen und nach Überweisung von 4 000 000 Mk. auf einen Reservefondes der Generalversammlung wiederum eine Dividende von 30 Proz. und einen Bonus von 10 Proz. vorzuschlagen. Hier sieht man, wie die Industrie im Gelde schwimmt. Und die Arbeiter? Sie leben im Elend.

Die Landwirtschaftliche Ausstellung in Leipzig. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldezeit in allen Gemeinden am 28. Februar schließt. Es ist daher dringend geboten, um sich bei dem immerhin beschränkten Raum nicht der Gefahr einer Ablehnung auszusetzen, eine beabsichtigte Anmeldung nicht mehr aufzuschieben, sondern ungesäumt zu erledigen. Anmeldepapiere sind durch die Hauptstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin SW. 11, Dessauer Straße 14, zu beziehen.

Die Entlassung des überzähligen Lazarettpersonals. Die Entlassungen des Lazarettpersonals sollen nach einem Vergleich zwischen dem Reichsarbeitsminister und Hauptbetriebsrat bis zum

15. Februar durchgeführt werden. Grundätzlich darf die Personalzahl nur 30 Prozent der Lagerstellen betragen, die am 1. November 1920 belegt gewesen sind. Die Hauptverorgungsämter dürfen aber Ueberbereitungen dieser Höchstzahl bis zu 5 Prozent genehmigen, wenn der Chefarzt oder der örtliche Betriebsrat eines Versorgungs-krankenhauses die vorgesehene Personalzahl nicht für ausreichend anseht und das Hauptverorgungsamt zustimmt. Weitergehende Ueberbereitungen bedürfen der vorherigen Genehmigung des Ministers. Ohne diese darf eine höhere Personalzahl auf keinen Fall über den 15. Februar beibehalten werden und etwa für umfangreiche Schreibrbeiten oder Ambulante. Für die Reihenfolge der Entlassungen sind bereits Richtlinien aufgestellt. Abweichungen können im Einvernehmen mit den Betriebsräten vom Hauptverorgungsamt oder mit seiner Zustimmung vom Chefarzt zugelassen werden. Die Entlassenen sind womöglich schon vom 1. Februar an vom Dienst zu befreien. Sie erhalten eine Entlassungsentgeltzahlung in Höhe eines Monatsgehalts.

Ermäßigung von Pafgebühren. Die Ausfertigungsgebühren für Pässe und Sichtvermerke sind jetzt wenigstens für Seesleute auf 5 Mk. ermäßigt worden, wenn sie auf deutschen Schiffen angestellt oder angestellt sind. Es ist dies geschehen, um die Wiederaufnahme des deutschen Seehandels nicht unnötig zu erschweren. — Deutsche Pässe, die älter als ein Jahr sind, werden eingezogen. Solche Pässe tragen nun oft noch gültige fremde Sichtvermerke für die Einreise. Die Inhaber sind dann gezwungen, sich die Vermerke von neuem gegen hohe Kosten zu beschaffen. Die Pässe dürfen deshalb jetzt in diesem Falle den Inhabern belassen werden. Die einzelnen Seiten der alten Pässe erhalten aber dann den Stempel „ungültig“. — Für jeden Einreisepaf für das Saar-gebiet erhebt die Saargebietregierung 31 Mk.; 30 Mk. Stempel- und 1 Mk. Postgebühren.

Wo sind Unterstützungsgesuche von Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen anzubringen? Unterstützungsanträge von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gehen in großer Zahl dem Reichsarbeitsministerium selbst von Versorgungsbehörden zu, ohne daß die vorgesehene Möglichkeiten erschöpft sind. Weisung haben sogar Versorgungsbehörden Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen geraten, Anträge an das Ministerium zu stellen. Dieses kann die Gesuche in der Regel auch nur weitergeben. Um das überflüssige Schreibwerk und eine Verzögerung zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß für die Anträge von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen von 1914/19 allein die Organe der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge zuständig sind. Dies gilt ohne Rücksicht auf den früheren militärischen Rang. Das Ministerium und der Reichsausschuß nimmt Anträge auf Spendenmittel nur aus der Hand der Hauptfürsorgestellen entgegen. Für Kriegsteilnehmer von 1914/19, die nicht Kriegsbeschädigte sind, hat das Ministerium überhaupt keine Mittel. Militärverorgungs-berechtigte aus der Zeit vor 1914 haben sich auch an die zuständigen Fürsorgestellen zu wenden. Für die Veteranenbeihilfe ist die Ortsbehörde, in letzter Instanz die Landeszentralbehörde zuständig. Anträge wegen des früheren Dispositionsfonds (Wilhelms II.) gehen an das Versorgungsamt.

1919 kein Kriegsjahr. Bei der Anrechnung von Kriegsjahren sind Zweifel darüber entstanden, ob auch das Jahr 1919 dafür in Betracht kommt. Das Heeresabwicklungsamt hat deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Anrechnung von Kriegsjahren auf Grund des Offizierspensionsgesetzes und des Mannschaftenversorgungsgesetzes zunächst nur für die Jahre 1914 bis 1918, nicht aber 1919 in Frage käme.

Zentrale für Jugendfürsorge. Die Februarhelferversammlung der Zentrale findet Freitag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Saale des Landgerichts, Harztorstraße, statt. Es wird ein kurzes Referat gehalten über: Die Zusammenarbeit des Vormundschaftsgerichts mit der freiwilligen Jugendhilfe.

Radfahrer, Achtung! Die Volkshausverwaltung hat eine Fahrrad-Annahmekasse eingerichtet; die Genossen und Genossinnen, die mit Fahrrädern das Volkshaus besuchen, werden gebeten, ihre Fahrräder im Mittelportal beim Portier abzugeben. In die Gast- und Versammlungsräume dürfen Fahrräder nicht mehr mitgenommen werden.

Freidenker, Alt-Leipzig! Die am Donnerstag stattfindende Mittalerversammlung findet Umstände halber nicht im Volkshaus, sondern im Hotel Dohle, Banziger Platz, abends 1/2 8 Uhr, statt. Vortrag: Feuerbestattungsanmeldungen.

Naturkundliches Heimatmuseum (Tröndlingring 1. Gewerbeausstellung). Am Freitagabend, 1/8 Uhr, spricht Herr H. Gläsel an der Hand zahlreicher Veranschaulichungen über „Unser wichtigste heimische Sedimente: Kohle, Gips, Lothener Ralf, Quarz, Phosphorit usw.“ Am Sonntag hält Herr Fr. Richter seine zweite Führung in den Kumbur zum Erkennen der winterlichen Bäume und Sträucher nach Stamm, Ästwert und Knospen. Die Einzeichnung in die Teilnehmerliste für diese Führung kann Freitag 3—9 und Sonnabend 8—1 Uhr im Museum erfolgen.

Im städtischen Vieh- und Schlachthof ist die Maul- und Klauenseuche erfolgt.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 3. Februar.

Für Haushaltungen. Ausgabe der Milchmilk bei den bekanntgemachten Firmen: Nr. 2101 bis Schluß des Berechtigungsausweises. Teigwaren und Nährmittel für Kleinkinder und Schwangere; Bezugscheinentnahme.

Polizeinrichten.

Ein Raubüberfall in einer unversicherten gemieteten Wohnung! Am Abend des 28. Januar hatte sich in die Wohnung eines Postkassens in der Plöschstraße in Reudnitz ein unbekannter Mann eingeschlichen. Die in der Wohnküche nähere Ehefrau hatte auf dem Korridor wohl verdächtigtes Geräusch bemerkt, beim Nachsehen aber niemand angetroffen. Nachdem sie wieder eine Zeit lang gearbeitet und dann Licht angebracht hatte, ging plötzlich die Wohnungstür auf und herein trat ein fremder, wohl aussehender Mann, der von der zu Tode erschrockenen Frau in frischer Welle Geld verlangte. Sie hatte noch soviel Kräfte, ihm ihr geamtes Wirtschaftsgeld, 250 Mark, zu übergeben und fiel dann ohnmächtig vor Schreck zu Boden. Als sie nach etwa 1/2 Stunde wieder zur Besinnung kam, war der Räuber mit dem Geld natürlich längst verschwunden. Der Täter kommt in Frage ein Bettler von etwa 40—45 Jahren, der als etwa 1,65—1,70 Meter groß und als mit dunklem Jackett und dicken Stiefeln bekleidet beschrieben wird. Er soll ein äußerlich heruntergekommenes, struppiges Aussehen und seinen Jackett- (oder Mantel-) Kragen mit einer weißen Sicherheitsnadel am Hals zusammengeklippt haben. Wer über diesen Bettler Angaben machen kann, tue dies sofort bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache.

Vermißt wird seit dem 13. Januar der 73jährige Kaufmann Bruno W. (H. b. d. d.), der seine Wohnung, Banerische Straße 64, II, an dem erwähnten Tage verlassen hat und bis heute dahin nicht zurückgekehrt ist, so daß seine Angehörigen das Schlimmste befürchten. Der Vermißte ist 1,65 Meter groß, unterseht, hat weisses Haar (Glatze) und ebensolchen Schnurrbart, lidenhaftes Gebiß, blaues, haarges Gesicht und ist auf dem rechten Auge erblindet. Bekleidet war er bei seinem Weggange mit braunem Jackettanzug, schwarzem Ueberzieher, braunem Plüschhut und B. M. gezeichnetem Normalhemd. Etwas lachdenkliche Wahnnehmungen teile man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Tod durch Gasvergiftung! Am 30. v. M., nachm. gegen 5 Uhr, war die Polizei benachrichtigt worden, daß einer in der Weigenfelder Straße wohnenden 76 Jahre alten Ratsdieners mitw in ihrer Wohnung annehmbar ein Unfall ausgetreten sein müßte. Die Wohnung wurde durch einen Schloffer geöffnet und man fand diese Vermutung leider bestätigt. Die alte Frau lag tot neben dem Gaslocher, und in einem Lehnstuhl, ebenfalls tot, eine 15jährige, in Delozia-Stöcker bei den Eltern wohnende Verwandte, die bei

Ihr zu Besuch wolle. Welche waren die Gasneraiffung ums Leben gekommen. Die Beamten fanden einen Sahn am Gasrohr offen vor. Dieser war offenbar aus Unachtsamkeit nicht abgedreht worden, so daß Unfallfall vorliegt.

Aus der Umgebung.

W. Wiederlich. Elternversammlung. Die leider sehr schwach besuchte Elternversammlung ließ erkennen, daß viele Eltern die Wichtigkeit der Elternräte noch nicht erkannt haben. Vom Leiter der Versammlung wurde besonders darauf hingewiesen, daß auch die Lehrerschaft am Orte durch Abwesenheit glänze und es eigentümlich berühren müsse, daß die Lehrer durch ihr Verhalten dazu beitragen, daß das Verhältnis zwischen Eltern und Lehrer nicht gefördert werde. Nach einem interessanten Referat des Schularztes Dr. Burkhard über die örtlichen Verhältnisse in der Schule, über den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kinder und über die Bedeutung des Lebenswertes der amerikanischen Quäkerpeisung hielt Lehrer Gläser-Wahren einen Vortrag über die Weltliche Schule. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen hatten einen von unbekannter Seite herabkommenden Lehrer Grimms-Leipzig auf den Plan gerufen, welcher sich in seinen Ausführungen bald als reaktionärer Anhänger der religiösen Schule entpuppte. Der Widerspruch aus der Versammlung ließ ihn wohl erkennen, daß seine Bemühungen wenig Erfolg haben würden, und so zog er es vor, ohne das Schlüsselwort der Referenten abzuwarten, sich wieder aus dem Saale zu machen. In der Diskussion wurde bemängelt, daß viele Eltern ihren Kirchenaustritt zwar vollzogen hätten, aber ihre Kinder trotzdem noch teilweise am Religionsunterricht teilnehmen lassen.

Martrankrädt. Betriebsrat, Donnerstag, den 3. Februar, abends 7/8 Uhr. in der Parkstraße Kurus.

Zwenkau. Das in Leipzig ausgeführte vieraktige Volksschauspiel: Die Internationale gelangt Freitag, den 4. Februar, im Goldenen Adler zur Aufführung. Karten sind noch zu haben. Beginn der Vorstellung abends 7/8 Uhr.

m. Zwenkau. Aus dem Stadtgemeinderat. Die erste Sitzung in diesem Jahre benutzte der Bürgermeister zu einem Rückblick über das verfllossene Jahr. Er begrüßte zunächst die Stadt und die Mitglieder des Kollegiums und sprach insbesondere den Wunsch aus, daß der schwer erkrankte Genosse Paul Thimig recht bald wieder hergestellt sein möge und seine Tätigkeit als Stadtratsmitglied wieder aufnehmen könne. Durch die Wegnahme des Steuerrechts und durch die Verzögerung der Zuweisungen von Reich und Staat haben sich die Gemeinden in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Aus diesem Grunde konnten auch die sozialen Einrichtungen nicht in dem gewünschten Maße ausgebaut werden. Einiges sei dennoch geschehen. So sei das Bad erweitert. Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wurde der Bau der Straße J und die Planierung der Kommunalwiesen vorgenommen. Im Jahr 1920 fiel auch die Fertigstellung der 1919 begonnenen Wohnhäuser. Die Zahl der Erwerbslosen sei in 1920 gegen 1919 erfreulicherweise zurückgegangen. Die Aufwendungen für Erwerbslosenfürsorge (sie betragen 119 000 M.) werden eine dauernde Einrichtung sein. 47 000 M. Steuern waren im Rückstand, und es mußten Hunderte von Pfändungen beantragt werden. Es sei größte Spararbeit zu üben und es müsse der Grundsatz befestigt werden: keine Ausgabe ohne Deckung. Spar-, Stadt- und Girokasten hatten gewaltige Umsätze zu verzeichnen, wie auch im übrigen inneren Verwaltungsdienste ein hohes Arbeitspensum zu bewältigen gewesen sei.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurde Kenntnis genommen: 1. daß von den Gemeinden Bösdorf, Eghra, Kleindalzig und Prödel die eingeforderten Erklärungen, wonach sie sich zur Übernahme der Kosten für ins hiesige Krankenhaus Aufzunehmende verpflichten, eingegangen seien; 2. daß eine Revision vorgenommen worden sei und der Verbandsvorsitz die Geschäftsführung als eine ordnungsgemäße bezeichnet habe; 3. daß der Bezirk zur Unterhaltung des Krankenhauses vorläufig 10 000 M. bewilligt habe; 4. daß sich der Verkauf des alten Rathauses zerschlagen habe, weil es nicht möglich ist, die Wohnungen bis zu dem vom Kaufstufen gewünschten Zeitpunkt freizumachen. Eine neue Feuerlöschordnung wurde mit einigen Änderungen angenommen. Danach fällt die Pflichtfeuerwehr weg und der gesamte Feuerschutz der Freiwilligen Feuerwehr zu. Die Mitglieder der letzteren erhalten für ihre Tätigkeit bei Bränden eine ortsübliche Bezahlung aus der Feuerlöschkasse, die der Besitzer des betreffenden Grundstückes zurückerstattet hat. Sinkt die Mitgliederzahl der Freiwilligen Feuerwehr unter 25 herab, so ist die Pflichtfeuerwehr aufzurufen, zu der alle Männer zwischen 20 bis 30 Jahren zählen. Die Genehmigung zur Ausführung des Industriegebietesprojektes ist eingegangen. 1 500 000 M. sind dazu erforderlich, die durch ein Darlehen bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden beschafft werden sollen. Dieses Projekt bietet nicht nur Arbeitsgelegenheit, sondern es bringt auch eine Erschließung des Gebietes zur industriellen Behausung mit sich. Das Eigentumsrecht dieser Planung, das die Brauerei Kaumann, L. Blagwitz, besitzt, soll von der Stadt zum Preise von 21 567,45 M. erworben werden. Die Stadtgemeinde hat eine Gegenforderung von rund 12 000 M. geltend zu machen, so daß etwa 9000 M. zuzuschließen sind. Ein Bauausnahmegesuch Meyers zur Herstellung eines Ladens wurde genehmigt. Ein Konzessionsgesuch Kühns zum Betriebe der Schaufelwerkstatt im Café zur Post wurde befristet. Stadtr. Nibel (Kommunist) ersuchte den Bürgermeister, auf das Mieteinigungsamt einzuwirken, daß es den Wucher einzelner Hauswirte bekämpfe. Stadtr. Gen. Poppe bezeichnet die Mietsteigerungen einzelner Hausgärtner als Unverschämtheit. Der Bürgermeister leitete den Mietern, die unbedingten Wünsche der Hausbesitzer zurückzuweisen. Es sei eine Vermittlungstelle geschaffen, die unentgeltlich

Auskunft und Auffklärung erteile. Eine Grundrente dürften Hausbesitzer aus ihren Grundstücken nicht erwerben. Inwiefern müßte ihnen die Umlegung der aus dem Grundstücke erwachsenden Kosten auf die gesamten Räume (also auch die des Hausbesizers) gestattet sein. Bei der Berechnung werde eine fünfprozentige Verzinsung des Kapitals nach Friedenswert oder -baulasten zugrunde gelegt. Hinzu kämen noch Aufwendungen für Grundsteuer, Brandversicherungsbeiträge, tatsächlich erheblichen Wasserzins, Eisenbahnzinsen, Straßenreinigung und 1/2 Prozent Unterhaltungskosten. Viel Meinungsverschiedenheiten beständen über die Erhebung und Verteilung des Wasserzinses, weshalb Stadtr. Schmal die Veröffentlichung aufläuternder Notizen in den Tageszeitungen empfahl. Stadtr. Volgt stellte die Behauptung auf, die Häuser in Zwenkau verzinseln sich sehr schlecht und besonders seine Mieter zahlten bisher erbärmliche Mieten. Einen seiner Mieter, der die Rührheit besaß, die ihm widersprechende Mietssteigerung in öffentlicher Versammlung zur Sprache zu bringen, wollte Herr W. das nächstemal besonders bedanken. Gen. Hübler beschwerte sich über das Gebaren eines städtischen Beamten (Krankenhausverwalter Sommer) den Beauftragten des Mieteinigungsamts gegenüber. Der Bürgermeister erwiderte, er habe davon schon gehört, fand aber kein Wort des Tadels. Stadtr. Gen. Staade regte die Anstellung einer zweiten Schwester im Krankenhaus und die anderweitige Unterbringung des Verwalters an. Er glaubt, daß der Verwalter zu wenig Beschäftigung habe und verpflichtet sich dabei eine Verbilligung des Krankenhausbetriebs. Weitere Erörterungen nach dieser Richtung soll der Ausschuss vornehmen. Ein aus der Mitte des Kollegiums kommender Wunsch, die Armenabteilung im Krankenhaus Wohnungsfürsorge zur Verfügung zu stellen, fand nicht genügend Unterstützung. Der Ankauf einer Parzelle im Bistum wurde bewilligt.

Entsch. In der Gemeinderatsitzung wurde von der erneuten Gaspreiserhöhung sowie von dem Staude der Wahl der Mitglieder zu dem Steuerzuschuß des 23. Bezirks Kenntnis genommen. In zweiter Lesung wurde die Einführung einer Wohnungsluxussteuer genehmigt. Bei einem Haushalte von einer Person sind 2, von zwei Personen 3, von drei Personen 4 Wohnräume usw. steuerfrei. Je zwei Kinder im Alter bis zu 10 Jahren werden als eine Person gezählt. Die Steuer wird nach folgenden Jahreshöhen erhoben: für einen Raum über den Normalbedarf 30 M., für zwei Räume 60 M., für drei Räume 100 M., für vier Räume 200 M., für fünf Räume 400 M., für sechs Räume 600 M. und jeden weiteren Raum mehr 1000 M. Für Räume, welche die Größe von 30 Quadratmeter überschreiten, sind pro Quadratmeter 10 M. zu berechnen. Die Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab in Kraft und ist in vierteljährlichen Raten am 15. Mai, 15. August, 15. November und 15. Februar zu zahlen. — Der bereits einmal vorgeschlagene Nachtrag zur Kirchensteuerordnung über die Erhebung einer Grundermwerbsteuer nach 0,5 Prozent für die Kirche wurde erneut mit Stimmenmehrheit abgelehnt. — Die Werbung zum Beitritt zur öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparassen im Freistaat Sachsen soll zur Vornahme von Wählüssen auch bei der hiesigen Sparasse aufgenommen werden. — Die Beteiligung der Gemeinde an der Einrichtung des Kindererholungshelms Tannenmühle des Vereins für Wohlfahrtspflege im Bezirke Leipzig wurde beschlossen. — Als Vertrauensmann für die land- und forstwirtschaftliche Berufsvereinschaft wurde für den Gemeindevorstand der Gutbesitzer Emil Jarmark und als Stellvertreter der Gärtnervereinsleiter Arno Börner wiedergewählt. — Nach gutachtlichem Berichte des Bauausschusses wurde dem Verkauf des sogenannten Dammweges und des an der Zufahrt vor der Holzstoffabrik liegenden Grundstückes bedingungsweise zugestimmt und beschlossen, die Einziehung des Weges bekanntzugeben. — Die erneute Festschreibung der Pacht für die Gemeindegelände wurde wegen der am großen Teile zur Zeit vorgenommenen Schlemmerarbeiten bis zu deren Beendigung ausgesetzt. — Die bisherigen verschiedenen Ausschüsse sollen jenseit laufende Zahl in ihrer letzten Zusammenkunft weiter bestehen bleiben. — Dem Gesuche der Helmbrüder Wiederemann um Erhöhung ihrer bisherigen Gebührensätze wurde zugestimmt.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Die „Verfassungstreue“ der Bürgerlichen.

Die Bürgerlichen als Beschützer der staatsbürgerlichen Rechte. Es ist ja köstlich, früher bogen und beschleichen die Herrschenden die Verfassungen unbekümmert darum, ob dabei die Staatsbürgerrechte gewahrt oder völlig zu Boden getampelt wurden. Jetzt auf einmal bekümmern sie sich darauf, daß es staatsbürgerrechte gibt, die geschützt werden müssen. Aber die Sache hat einen besonderen Haken. Unter den schutzbedürftigen staatsbürgerrechten verstehen die Herren die Vor- und Sonderrechte der Beschlenen, die zwar durch die neuen Verfassungen nicht restlos beseitigt, aber doch etwas eingeschränkt sind. Die Reichsverfassung ist ein Kompromiß, das an Zweideutigkeit kaum übertrifft werden kann. Da, wo die Bürgerlichen noch die Gewalt in der Hand haben, und die Verfassungsbestimmungen einfach ignorieren oder mit Hilfe der bürgerlichen Jurisprudenz im Interesse der bürgerlichen Klassen verewaligen, haben die Parteien der Rechten natürlich keine Bedenken. So haben sie nichts dagegen einzuwenden, daß in Bayern Sondergerichte bestehen, die dem klaren Wortlaut der Verfassung widersprechen. Doch da werden ja nur die staatsbürgerrechte der anderen, nämlich der Arbeiterklasse, verletzt. Warum sollten sich die Deutschnationalen und die deutschen Volksparteier darüber aufregen? Ganz anders aber, wenn eine Bestimmung der Verfassung bei korrekter Auslegung an die alten Privilegien der bisher ausschließlich herrschenden Klassen rüttelt. Da hat der neue sächsische Kultusminister eine kurze Verordnung erlassen, die den durch keinen

demokratischen Vorgänger veranlaßten Mißbrauch beseitigt und dem Wortlaut der Reichsverfassung gemäß anordnet, daß die Erziehungsberechtigten durch eine positive Willensbekundung zu entscheiden haben, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Das geht natürlich den Geschichtlichen und Geschlechtern und ihren parlamentarischen Klopfschreibern wider den Strich. Sie sehen in dieser Verordnung ganz mit Recht einen Angriff auf ihr bisheriges Privileg zur Verlobung der Volksmasse, das sie sich als ein staatsbürgerrecht ausgehen. Und die Deutschnationalen und deutschen Volksparteier hatten nichts Eiligeres zu tun, als Entschuldig zu handeln und die Regierung wegen dieser „Verfassungsoverletzung“ durch den Kultusminister zu interpellieren. Herr Dr. Rendtorff, der die deutschnationale Antrage begründete, war anscheinend selbst von der Unhaltbarkeit seiner Argumente überzeugt, denn er war auffallend schwach. Um so lächerlicher wirkte sein Verlangen, daß die besetzte Verordnung sofort mit rückwirkender Kraft aufgehoben werde. Noch schwächer waren Herr Volgt von der Deutschen Volkspartei und der Demokrat Dr. Seifert, der zwischen zwei Extremen hin und her schwankte, schließlich aber auf die rechte Seite fiel.

Kultusminister Fleißner wies überzeugend nach, daß die angezogene Verordnung dem Sinne der Verfassung völlig entspreche und die Denunziation, daß der sächsische Kultusminister die Reichsverfassung verletze, nur ein politisches Manöver des in den Reichsparteien einschüchtlend des Zentrums organisierten Minderzentrums sei, das unter allen Umständen den unheilvollen Einfluß der Kirche auf die Schule erhalten wolle. Mit erfindender Deutlichkeit legte er dann seinen Willen entgegen, den Einfluß der Kirche auf das Schulwesen völlig zu beseitigen. Er fand dabei nicht nur die schärfste und äußerst wirksame Unterstützung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, sondern auch der Kommunisten, deren Redner zugab, daß unter dem neuen Kultusminister doch etwas erreicht sei, und Fleißner die „Fensur 1“ erteilte. Ein in der Form unbilliger Antrag der Kommunisten, der die schon in der Volksschulgesetz von uns geforderte und im Uebergangsgesetz auch beschlossene völlige Trennung der Kirche von der Schule, bzw. die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Volksschule fordert, wurde von den sozialdemokratischen Rednern unterstützt und dem Rechtsausschuß überwiesen.

Die Wohnungsluxussteuer.

Die Stadt Sebnitz hat die Einführung einer Wohnungsluxussteuer beschlossen. Für den Haushaltungsvorstand, seine Angehörigen und einen Diensthöten bleiben eine gewisse Anzahl Quadratmeter Wohnfläche steuerfrei, während die übrigen Wohnfläche wie folgt besteuert werden soll: für die ersten 10 Quadratmeter 1 M., pro Quadratmeter, vom 11. bis 20. Quadratmeter 2 M., pro Quadratmeter, vom 21. bis 30. Quadratmeter 5 M., vom 30. bis 50. Quadratmeter 10 M., pro Quadratmeter usw., so daß von mehr als 150 Quadratmeter Ueberschläge 60 M. Steuer pro Quadratmeter zu zahlen wären. Demnach hätte bei einer Wohnfläche von 200 Quadratmeter ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Diensthöten 580 M. Wohnungsluxussteuer zu entrichten. Badezimmer, fensterlose Korridore und gewerbliche Räume bleiben steuerfrei.

Der Dresdner Kreisrat hat sich für angezeigt, zu der Frage einmal grundsätzlich Stellung zu nehmen. Der Berichterstatter vertritt den Standpunkt, daß es richtiger wäre, wenn diese Steuer nach der Höhe des Einkommens bemessen und entsprechend begrenzt würde. Ob dieser Grundgedanke dem Sebnitzer Ortsgesetz allenthalben gewahrt werde, erscheint indessen fraglich. Bei der eifrigen Suche von allen Seiten nach neuen Steuern besteht die Gefahr, daß der einzelne Steuerpflichtige mit einem Betrage besteuert werde, der sein tatsächliches Einkommen übersteigt. Wenn aber jemand sein halbes Arbeitslohn kommen oder noch mehr an Steuern hingeben müsse, könne leicht darunter die Arbeitsfreudigkeit leiden. Deshalb müßte die Wirkung der Steuer genau geprüft werden. Der Stadtrat berechne nun den Ertrag der Steuer auf jährlich 12 000 M. Wenn das wirklich zutreffen sollte, dann würde der ganze Verwaltungsapparat mehr verschlingen als die Steuer einbringe, also ein unrentables Verfahren, das finanzpolitisch nicht zu rechtfertigen wäre. Deswegen würde sich die Einführung eines Härteparagrafen oder einer Exorzisziffer empfehlen. Auch müsse man bedenken, daß jetzt manche Personen eine größere Wohnung haben, die sie nicht aufgeben können, weil sie eine kleinere nicht finden. Auf der anderen Seite werde mancher Inhaber einer größeren Wohnung veranlaßt werden, Wohnungslose aufzunehmen. Die Steuer würde also mit zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen. Ueberschüsse dürfe aber auch nicht werden, daß manche Leute sich veranlaßt sehen würden, ihren Wohnungsbedarf in einer Weise einzuschränken, daß darunter das gesundheitliche Interesse leide. Das würde also eine unsoziale Wirkung der Steuer sein. Wenn man weiter berücksichtigte, daß infolge der Mieterhöhung die Hausbesitzer nicht das Recht haben, willkürlich zu steigern, sondern trotz der enormen Steigerung der Grundstückslasten nur ein Aufschlag von 50 Prozent auf die Friedensmiete zugelassen ist, so werde vielfach die Frage auftauchen, wie kommt die Gemeinde dazu, überhöht die Mieten zu erhöhen, ohne daß sich der Mieter dagegen wehren kann. Unter diesen Umständen erscheine das Aufnehmen einer Bestimmung, daß eine höhere Steuer als 50 Prozent der im Vorjahre erhobenen Miete auf keinen Fall bezahlt werden dürfe, notwendig. Sonst werde eine solche Steuer unter der Mieterschaft große Beunruhigung hervorzurufen. Auch empfahl der Berichterstatter, die erforderliche Wohnfläche für alle Diensthöten freizulassen, weil sich in heutiger Zeit schon jedermann in dieser Beziehung stark einschränke.

Die Angelegenheit rief eine längere Aussprache hervor. Von sozialdemokratischer Seite wurde gewünscht, daß man mit der Steuer bis zu 100 Prozent der Friedensmiete gehe, um die

72] Jimmie Higgins
Von Upton Sinclair.
Dreißundzwanzigstes Kapitel.
Jimmie Higgins begegnet den Hunnen.

I.
Die sechs Motorfahrer sprangen auf ihre Räder und sausten los. Natürlich wollten sie ein Wettfahren an — das tun Motorfahrer immer — und diese hier hatten einen triftigen Grund; das französische Heer bedarf ihrer, denn es hat etliche seiner wertvollsten Automobilabteilungen verloren. Sie rasten dahin, zwischen Lastwagen und Automobilen, Kranken- und Munitionswagen, Pferden, Maultieren, entgingen der Gefahr stets um eines Haares Breite, was zum Hauptvergnügen der Motorfahrer gehört. Bisweilen, wenn es ihnen zu langsam ging, versuchten sie im Straßenrande oder auf den aufgedeckten Feldern zu fahren. So kam es auch, daß Jimmie mit seinem rothaarigen Feind den Wettkampf aufnahm, ein enger Spalt wurde zwischen zwei Fahrzeugen frei, Jimmie schlüpfte durch, sprang auf sein Rad, jagte von dannen, triumphierend, frei, sein eigener Herr. Er fand dies gerechtfertigt, kein priestergetriebener Papist sollte ihn einholen und ihm Befehle ausprechen.

Lange Züge von Flüchtlingen strömten die Straße entlang; täglich aussehende Bauern mit Pferde- und Hundewagen, sogar mit Schubkarren, zahllose alte Männer und Frauen humpelten neben den Gefährten einher, Kinder hockten auf Bettzeug, Müßeln und Küchengeschirr. Dies war der Krieg, wie ihn die einfachen Leute sahen, doch hatte Jimmie jetzt keine Zeit, darüber nachzudenken. — Jimmie ging an die Front. Große Beobachtungsballoon schwebten über seinem Haupt, sie glühten ungeheuren grauen Elefanten mit riesigen Ohren, Aeroplane durchdröhnten die Luft, machten ungläubliche atombalistiche Kunststücke, übergossen einander mit Stachlgrenen. Jimmie jedoch hatte keinen Blick für all dies; — Jimmie ging an die Front.

Er hauchte um eine Wiegung, und gerade vor ihm, mitten in der Straße, gähnte ein tiefes Loch auf. Jimmie bremste aus allen Kräften, schwankte seitlings, fuhr hart gegen einen Baum und landete in einem Müllhaufen. Er stieg vom Rad, sagte eifrig „Teufel“ und plötzlich dachte ihm, ein dicker Brett schlage ihm ins Gesicht, die ganze Welt verwandelte sich jählings in einen einzigen brüllenden Ton, ein grauer Rauchberg erhob sich in die Lüfte Jimmie starrte um sich und sah, wie aus einem Gebüsch ein schwarzer Gegenstand hervortrat, ähnlich einer Tapischmähne aus vorhinflutenden Zeiten. Es war dies ein Jahnzollgeschütz, das nach dem Schusse zurückschlug. Jimmie stürzte auf die Straße zurück und beugte sich weitzerzukommen, bevor das Ungeheuer noch einmal den Mund öffnete.

In der Ferne erblickte Jimmie einen Holzbau inmitten eines Hofes und eifrig Schuppen mit Schindeldächern. Pflöschig gellte ein Schrei auf, genau wie die Hupe der Hoot- und Ladder-Compagnie in Leesville. Ein Lichtstrahl schoß aus einem der Schuppen auf, dann verschwand alles in einer Rauchwolke, die sich wie ein ungeheurer Staubwebel durch die Lüfte breitete. Ein zweiter Schrei ertönte, diesmal etwas näher, der Erdboden schoß auf wie ein phantastischer schwarzer Riesenzug, brodelte und wogte wie Gewitterwolken. Bum! Bum! Ein altes überlautendes Dröhnen schlug an Jimmies Ohr, und seine Anie begannen zu zittern. Teufel! Er fand sich unter Feuer, er schaute nach vorn, dort müssen ja Deutsche sein! Und man hatte ihn ahnungslos ausfahren lassen!

Jemandem tobte eine Schlacht, soviel war gewiß, doch hatte der Värm sich derart vertieft, daß man nicht beurteilen konnte, wo dies war. Die Transportzüge fuhren ruhig weiter, Karren mit Pferden und Maultieren beladen, Automobile, alle strebten gelassen vor, ohne auf die plätschernden Granaten zu achten. Jimmie blühte zurück und sah den verdammten rothaarigen irischen Rasthosen, er verneinte dessen heisere Stimme zu hören? „Hi—i—er—her. Worauf warten Sie denn?“ Jimmie schwang sich auf sein Rad und härmte vor.

Er gelangte an eine Stelle, wo eine Munitionsladung getrof-

fen worden war, Karrenrümpfer und menschliche Ueberreste lagen auf der Straße, es war ein scheußlicher Anblick, doch sauste Jimmie ziemlich gleichgültig vorüber, sein ganze Sinnen und Tachten war darauf gerichtet, vor Cullen in Chateau-Thierry einzutreffen. Er erreichte ein Dorf und erblickte ein Bauernhaus, dessen Dach völlig zerstört war, und aus dem höllischer Gestank strömte; eine zu Tode erschrockene alte Frau stand auf der Landstraße, zwei weinende Kinder klammerten sich an ihre Röcke. Jimmie hielt an und rief ihr zu: „Chatty-Terry? Chatty-Terry?“ Verstehen Sie denn nicht Französisch? „Chatty-Terry?“ Die alte Frau schien tatsächlich kein „Französisch“ zu verstehen.

Er fuhr die Dorfstraße entlang und begegnete einem Polizisten, der den Befehl regelt. Dieser Mann verstand Englisch und erntete: „Chateau-Thierry!“ Das ist eingedommen!“ Jimmie verkehrte voller Bestürzung, wußte nicht, was beginnen. Der Polizist teilte ihm mit, das Hauptquartier habe sich in dieses Dorf zurückgezogen; was er hinzufügte, verstand Jimmie nicht. Er fuhr weiter und kam an ein eierweißes Tor und an einen großen Garten, vor dem ein Wachtposten stand; zahllose Leute gingen aus und ein, und Jimmie erkannte, daß er seinen Bestimmungsort erreicht und keinen irisch-katholischen Feind geschlagen habe.

(Vertreibung folgt.)

Kleine Chronik.

Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen. Das Arbeiter-Bildungsanstalt veranstaltete am Sonntagvormittag in der Weißen Wand für die Betriebsräte eine Vorführung des Films „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen“. Es freudlicherweise bekam man einmal einen wirklich belehrenden Film zu sehen, der sich von jeglichem dramatischen Beiwerk fernhielt, das so leicht die Aufmerksamkeit illusorisch macht und der Animerung dient. Der vorgeführte Film behandelte rein vom wissenschaftlichen Standpunkt aus das Wesen, die Entstehung und den weiteren Verlauf der Geschlechtskrankheiten. Er führte ins Sprechzimmer des Arztes, ins

Reiter der großen Witten, die für Jungensquartierung nicht eignen, härter zu treffen. Der Bürgermeister von Pirna war ebenfalls für eine Sperrvorschrift und ferner für grundsätzliche Ausschaltung aller Korridore, während sein Freiburger Kollege eine Bindung zwischen Wohnfläche und Wohnräumen für zweckmäßig hielt. Die Dienstwohnungen müßten entsprechende Berücksichtigung finden. Und der Oberbürgermeister von Meißen hielt einen Zuschlag zur Mietsteuer für das einfachste und praktikabelste Verfahren.

Schließlich wurde die Steuerordnung genehmigt mit der Sperrvorschrift, daß höchstens 50 Prozent der letzten Jahresmiete erhoben werden dürfe. Der weitergehende sozialdemokratische Antrag (100 Prozent) war vorher mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt worden.

Weitere Erfolge der U. S. P. bei Gemeinderatswahlen.

In Ostfriesland fanden am vergangenen Sonntag in einer Reihe von Gemeinden Wahlen statt, die ein erfreuliches Anwachsen der U. S. P. Stimmen und Vertreter erkennen lassen, während die K. P. D. elend verlor.

In Freiburg bei Pirna wurden gewählt 6 U. S. P. Vertreter und 2 Bürgerliche. Bisher hatte die U. S. P. zwei Sitze inne. In Neugraupa erhielt die U. S. P. 4 und die Bürgerlichen 2 Sitze. Die U. S. P. war in dem letzten Gemeinderat nicht vertreten. In Leihsfeld erhielt die U. S. P. 4, die Bürgerlichen Parteien 4 Sitze.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Riesa wurden folgende Stimmen abgegeben: Liste Schönhorn (Soz.) 2076, Bener (U. S. P.) 1278, Dietmann (Komm.) 70, Menke (Hausbel.) 1569, Wintler (Gem. Gruppen) 1468. Demnach stehen in das neue Stadtparlament 7 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 9 Bürgerliche. Bisher waren 10 Sozialdemokraten und 10 Bürgerliche. Die Unabhängigen beteiligten sich zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent. Bei der Landtagswahl wurden Stimmen abgegeben für die Sozialdemokraten 2552, die Unabhängigen 923, Kommunisten 215 und die Bürgerlichen zusammen 3751.

Die Erwerbslosigkeit in Sachsen.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, belief sich die Zahl der Erwerbslosen am 1. Januar 1921 auf 98572, ferner wurden 27845 Personen teilweise unterstellt. Die Zahl der Zuschlagsberechtigten betrug 110602. In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember 1920 wurden insgesamt 31487808 Mk. an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt.

Sich selbst gerichtet.

Mauen. Dem irdischen Richter entzogen hat sich der Arbeiter Arno Tröger, der vor einigen Tagen vom hiesigen Landgericht wegen schwerer Diebstahls zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden war, kurz darauf aber wegen Beteiligungs an zahlreichen Bodenamerdelichthäfen in Haft genommen wurde. Er gehörte einer sechsköpfigen Einbrecherbande an, die wochenlang hier ihr lichtliches Gewerbe ausübte hatte. Tröger hat sich im Gefängnis erhängt.

Die Sächsische Invaliden-, Unfall- und Altersrentner-Vereinigung beruft für den 4. und 5. Februar d. J. nach Leipzig-Thonberg, Reichenbühner Straße, im Restaurant Alte Nr. 1 einen Kongress für sämtliche Invaliden-Vereinigungen Deutschlands ein, um eine einheitliche Aktion bei der Reichsregierung zur Schaffung eines Reichsrentnergesetzes zu bewerkstelligen. — Auskünfte erteilt die Sächsische Invalidenrentner-Vereinigung durch Joh. Chemnitz, Bielenstraße 1 und Rieyer, Dresden, Guskowstraße 6.

Die Einführung einer Tanzartensteuer

für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna ist gegenwärtig geplant. Die Reichshauptmannschaft hat die Genehmigung dieser Steuer infolge der Finanznot der Gemeinden in Aussicht gestellt.

Sächsischer Landtag.

21. Sitzung, Dienstag, 1. Februar 1921.

Religionsdebatten.

Auf der Tagesordnung stehen zwei Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die die Einmündung von Kindern zum Religionsunterricht zum Gegenstand haben. Es wird behauptet, daß die diesbezügliche Verordnung des Kultusministeriums im Widerspruch zur Reichsverfassung stehe.

Ferner liegt ein Antrag Ebert (Kommunist) vor, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, daß die Befreiung des Religionsunterrichts aus der Schule durch ein Gesetz bestimmt wird.

Abg. Dr. Mendtsoff (Deutschn. Pp.): Die Reichsverfassung bringt zum Ausdruck, daß der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach in der Volksschule ist. Damit hatte die umstrittene sächsische Bestimmung automatisch zu fallen. Die Regierung habe denn auch bei der Volkstammer die Aufhebung des Paragrafen beantragt, sei aber damit nicht durchgedrungen. Das Reichsgericht hat darauf entschieden, daß die Regierung ohne weiteres zur Aufhebung des betreffenden Paragrafen berechtigt ist. Die Linksparteien haben indessen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie es bei dieser Entscheidung nicht bewenden lassen wollen. Da auf gezieltem, verfassungsmäßigem Wege vorläufig nichts zu machen sei, hat eine Massenbewegung für den Austritt aus der Kirche eingeleitet. Es soll eben die Reichsverfassung auf diesem Gebiete sabotiert werden. Neuerdings ist nun auch das Unterrichtsministerium in dieses Fahrwasser eingelenkt und hat am 8. Januar 1921 eine Verordnung erlassen, nach der die Erziehungs-pflichtigen zu befragen sind, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen. Diese Verordnung ist ein Glied in der Kette dieser Bestrebungen. Und der Kultusminister hat unangenehm

in einer Versammlung des Sächsischen Lehrervereins erklärt, er werde nicht eher ruhen, bis aller kirchlicher Einfluß aus der Schule geschwunden ist. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Für uns kommt aber die Wahrung staatsbürgerlicher Rechte in Frage, die durch die Reichsverfassung gewährleistet ist. (Zuruf links: Wie Sie sie auffassen!) Die Ministerialverordnung steht in offenbarem Widerspruch zur Reichsverfassung, denn dasselbe wäre es, wenn man die Anmeldung zum Geographieunterricht fordern wollte. (Zuruf links: Ist etwas ganz anderes!) Es soll auf diesem Wege der Religionsunterricht aus der Volksschule verdrängt werden. Die Minister sind aber auf die Reichsverfassung vereidigt. Deshalb erwarten wir, daß die Ministerialverordnung aufgehoben und die Reichsverfassung wieder zur Geltung gebracht wird. (Beifall rechts.)

In ähnlicher Weise begründet Abg. Voigt (D. Pp.) die Anfrage seiner Fraktion.

Abg. Franz (Kommunist): Der Religionsunterricht hat mit der Schule nichts zu tun. Die Verordnung vom 8. Januar 1921 halten wir für das einzig richtige. Bisher war es ein Mißbrauch, daß diejenigen, die keinen Religionsunterricht haben wollten, es melden mußten. Da für uns diese Frage grundsätzliche Bedeutung hat, fragen wir nicht danach, ob das in der Reichsverfassung steht oder nicht. Die Schule soll eine Freistätte sein und kein zwangsmäßiges Erziehungsinstitut für religiöse Fragen. Für den Religionsunterricht ist kein Bedürfnis vorhanden. Das wissen Sie (nach rechts) und deshalb wollen Sie das Bedürfnis zwangsmäßig aufrechterhalten. Sie sind eben bestrebt, die Arbeiterkinder zu brauchbaren Instrumenten der kapitalistischen Gesellschaft zu machen.

Kultusminister Fleißner:

Die ganze Frage ist eine Auffassungs- und Auslegungssache. Ich habe eine andre Auffassung von der Auslegung der Reichsverfassung als meine Amtsvorgänger, und es kommt nur darauf an, welche Auffassung die richtige ist. Die Umgestaltung des Schulwesens bringt grundsätzliche Veränderungen auf allen Gebieten, und da geht es nicht an, den Religionsunterricht aus diesem Rahmen herauszunehmen und zu sagen, daß es bei dem bisher bestehenden Zustand zu verbleiben hat. Der Minister weist den Vorwurf, verfassungswidrig zu handeln, zurück; er bekämpfe die Möglichkeit der Aufhebung seines Amtsvorgängers und werde, solange er im Amte sei, auch bestrebt sein, seine Auffassung zur Geltung zu bringen. (Unruhe rechts; leb. Beifall links.) Beim Geographieunterricht handle es sich um ein Lehrfach, für welches den Eltern keinerlei Entscheidungsrecht zustehe. Religionsunterricht sei eine Frei-Wahl. Der Minister bekennt, daß die Ministerialverordnung im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehe. Die Verordnung werde nicht aufgehoben werden, sondern weiterbestehen und er werde dafür sorgen, daß sie strikte befolgt wird. —

Kaufmannsgerichts- Wahl in Leipzig! am 6. Februar 1921

Wählt nur die Liste 2!

Wenn das sächsische Volk wirklich so sehr nach dem Religionsunterricht seufzt, so brauchen sich doch die rechtsstehenden Kreise vor der Verordnung nicht so zu fürchten. Zentrum, Landesgenode, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale hätten sich hier bezeichnenderweise zum Aufsturm zusammgefunden. Der Aufsturm von dieser Seite sei politisch sehr bemerkenswert. (Sehr wahr! links.) Die Eltern, die draußen im Lande nichts mehr vom Religionsunterricht wissen wollen, sollten aber auch die letzten Konsequenzen ziehen. Gegen die kirchlichen Kreise, die der Lehrerschaft das Leben schwer zu machen bestrebt seien, werde mit aller gebotenen Schärfe vorgegangen werden. (Bravoi links.)

Abg. Metz (Soz.):

Wir stimmen natürlich dem kommunistischen Antrag von ganzem Herzen zu, weil er die einzige Möglichkeit bietet, daß wir endlich wieder zum Frieden und zur Ruhe kommen und die Achtung vor jeder religiösen Überzeugung zum Ausdruck gebracht wird. Die ganze Entwicklung der Verhältnisse wird es mit sich bringen, daß die westliche Schule triumphiert. Wunders muß man sich nur, daß die Rechtsparteien von einer solchen Lappalie überhaupt ein solches Aufsehen machen. Wahrscheinlich stützen sie sich dabei auf Kreise, die selbst nicht wissen, was sie wollen. Der frühere Kultusminister hat mit seiner Verordnung im März 1917 nicht im Sinne der wahren Schulfreunde gehandelt. Der jetzige Zustand ist unhaltbar, wir fordern, daß das Kultusministerium mit aller Energie darauf drängt, daß die Frage endgültig vom Reiche geregelt wird. Im Kultusministerium muß endlich ein Geist einziehen, der in dieser Beziehung konsequent vorgeht. Bis

Storn müssen klare Verhältnisse geschaffen werden, damit wir endlich zum Frieden kommen.

Abg. Dr. Mendtsoff (Deutschn. Pp.) spricht sein Befremden darüber aus, daß eine an das Gesamtministerium gerichtete Anfrage nicht vom Ministerpräsidenten, sondern vom Kultusminister beantwortet wird. Der Minister habe heute sein Parteiprogramm agitatorisch vertreten; seine Antwort sei nicht befriedigend.

Kultusminister Fleißner verteidigt nochmals seine Auslegung der Reichsverfassung.

Abg. Dr. Herrmann (Dtsch. Pp.) will sich kurz fassen, weil die

Auseinandersetzungen in diesem Hause gar keinen Zweck hätten. Die notwendige Klärung müsse draußen vor dem Volke gemacht werden. Besser wäre es freilich gewesen, die Ministerialverordnung über die Willenserklärung der Eltern wäre nicht ergangen.

Abg. Weikel (U. Soz.)

weist aus der Entstehungsgeschichte der Weimarer Verfassung die Berechtigung der Ministeriellen Verordnung vom 8. Januar 1921 nach und erklärt, daß ihm diese im Interesse eines geordneten Schulbetriebs sogar noch nicht weit genug gehe. Es müsse ein Zeitpunkt festgesetzt werden, an dem sich alle Eltern erklären müssen, ob sie ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen lassen wollen oder nicht. Erst von diesem Augenblicke an werde wieder Ruhe eintreten. Im übrigen habe die heutige Verhandlung gezeigt, daß man zwecklos gesprochen habe. Wir unterstützen den Antrag Ebert in der Sache, in der vorliegenden Form aber wird er wohl nicht so durchzusetzen sein. Deshalb wird sich seine Weiterbehandlung im Rechtsausschuß empfehlen. Wir stehen aber auch hinter dem Kultusminister, wenn er den kirchlichen Einfluß aus der Schule restlos beseitigen will.

Abg. Weikner (Kommunist): Es handelt sich um eine reine Machfrage und sie muß als solche behandelt werden. Die Sozialdemokratie sei mit Schuld, daß nicht schon bei Beratung der Reichsverfassung volle Klarheit geschaffen wurde. (Lachen b. d. Soz.) Man sollte nicht auslegen, sondern vielmehr klipp und klar sagen, daß man die westliche Schule haben wolle.

Abg. Dr. Senfert (Demokrat): Wenn wir nicht dem Antrag Ebert zustimmen, so wollen wir uns doch nicht mit den Kreisen identifizieren, die draußen im Lande gegen die fortschrittlich gesinnte Lehrerschaft kämpfen. Der Antrag ist auch zwecklos, weil im Augenblick an eine Veränderung der Reichsverfassung nicht zu denken sei. Seine Freunde seien für den Religionsunterricht in der Schule, doch dürfe keinerlei Gewissenszwang ausgeübt werden. Die Ministerialverordnung vom 8. Januar 1921 wäre in dieser Fassung wohl besser unterblieben. Man hätte erst die Trennung von Kirche und Staat abwarten sollen.

Abg. Heflein (Zentrum): Die Frage wird sich erst klären, wenn eine Erklärung der Reichsregierung vorliegen werde. Das Zentrum werde die Sache im Reichstag zur Sprache bringen.

Insolange der schwachen Forderung der linken Seite des Hauses wird die Ausschubberatung abgelehnt. Dadurch hat sich der Antrag Ebert erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. Zusammenlegung der Bäckereien (Antrag Ebert); Vornahme baldiger Gemeinderatswahlen (Antrag Böerner).

Reichstag.

Berlin, den 1. Februar 1921, nachmittags 1/5 Uhr.

Am Regierungstisch: Die Reichsregierung, Minister Lüdemann.

Präsident Eöbe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die nächste Sitzung des Wahlprüfungsgerichts am 9. Februar stattfindet.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer

Erklärung der Reichsregierung zu den Pariser Beschlüssen.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Selten hat eine politische Verhandlung durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis eine solche Verwirrung in den Köpfen hervorgerufen, wie die letzte Ministerkonferenz in Paris. Am ersten Tage hatte man Kenntnis genommen von den Plänen des französischen Wirtschaftsministers Seydoux. Man hatte sich daran gewöhnt, daß die deutsche Regierung bereit war, unter gewissen Vorbehalten diese Pläne anzunehmen. Aber gleich nach Beginn der Pariser Beratungen kam die Rede des französischen Finanzministers Doumer, die den bisherigen Vordenk und eine exorbitante Summe aufstellte. Wir haben in den Zeitungen von den Auseinandersetzungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Briand gelesen. Nunmehr kommt die Note, die Ihnen aus der Presse bekannt ist, mit ihrem vollkommen neuen System. Am Klarheit über die Vorgänge zu erlangen, erscheint es mir erforderlich, daß ich Ihnen etwas ausführlicher den Gang der Verhandlungen schildere, die zur Ministerkonferenz geführt haben.

Die Ministerkonferenz von Paris und die heutige Note hängen eng zusammen mit den Vorgängen in Spa. Nachdem die Alliierten eingesehen hatten, daß sie mit dem Notenwechsel zu einem günstigen Ausgang in den schwebenden Fragen über die Auslieferung des Friedensvertrages nicht gelangen würden, haben sie endlich es über sich gewonnen, die deutsche Regierung zur Einsetzung berufener Vertreter zu einer gemeinsamen Verprechung der verhandelbaren Themata nach Spa zu laden. Vorher waren die Vertreter der Alliierten in Boulogne zusammengekommen und hatten sich dort verständigt. Schon in Boulogne ist die Schadenersatzsumme festgesetzt worden. Die deutsche Regierung hat von diesem Ergebnis von Boulogne niemals eine amtliche Mitteilung bekommen. (Hört, hört!) In Spa kam die feierliche Zusammen-

Laboratorium und ließ den Zuschauer sehen, wie der Arzt unter dem Mikroskop die winzigen, dem unbewaffneten Auge nicht sichtbaren Krankheitserreger feststellte. Dann zeigte er, wie die Krankheitserreger, die auf dem Bilde vielfach vergrößert waren, den menschlichen Körper befallen und ein Organ nach dem andern zerstören, wie sie schließlich in den Blutkreislauf eindringen und nun den gesamten Organismus verunreinigen. Die Schwierigkeiten, die mit der rein wissenschaftlichen Behandlung des Stoffs leicht verknüpft sind, wurden durch die Anschaulichkeit des Films und durch die begleitenden Worte eines Arztes spielend überwunden.

Die Vorführung am Sonntag diente dem Zweck, durch die Betriebskräfte die breiten Massen für die weiteren Aufführungen des Films zu interessieren. Im Interesse der Aufführung ist dem Film eine häufige Wiederholung und guter Besuch zu wünschen.

Viederabend Wilda Hornidel. Ein Programm aus modernen Liebesmeistern zusammenzustellen ist nicht nur berechtigt, sondern sogar eine Notwendigkeit. Wilda Hornidel hätte nur noch Erich Wolf und Richard Weh einreichen sollen, denn diese haben auf dem Gebiete des modernen Liedes hervorragendes geleistet. Am meisten interessierten die Lieder von Paul Graener (Im Zaune liegt die Nachtigall, Im süßen Ila Kleeblatt, Der Mond ist wie eine feurige Rose), die lebendige Vorträgerinnen der modernen Harmonik und eine freie Malerei in der Klavierpartie aufweisen. Im Ernst Smigelski's Lied Liebe liegt viel Tönlichkeit und Wärme. Paul Kengel'stied noch im romantischen Geist, doch sind seine Lieder nun gehen die Stürme schafen und Frühling von musikalischem Wert. Der hallische Musikdirektor Alfred Rahlwes ist nicht auf der Höhe des modernen Liedes, wenigstens konnte er uns in Ueber ein Ständlein und Das Kornfeld nicht davon überzeugen, daß Dr. Georg Gählers Lieder sprechen nur dann an, solange er sich im Stil des 17. Jahrhunderts bewegt (Volkston), wie A. W. Die Blum' im Garten, Frühlingserreigen. Der bekannte Wilhelm Rimens, der als moderner Liebeskomponist einen guten Namen hat, bewies in seinen zwei Liedern Schöne Nacht und Auf Frühling, daß er sich tapfer auf künstlerischer Höhe hält. Eugen d'Albert führt in seinen Liedern Schlaf Du, Leid der Welt, Ich liebe Dich mehr

den Sprechgesang, er legt seine Kraft hauptsächlich in die Klavierpartie. Fräulein Wilda Hornidel sang mit ihrem weichen, durchgebildeten Sopran sinnliche Lieder mit großer Liebe und traf die Stimmung meistenteils gut. Herr Otto Volkmann gehört zu den Begleitern, die mit Herz und Seele dabei sind und alles mit erleben.

Konzerte. Eddy Ney gab dem Hörer an ihrem 2. Klavierabend noch mehr als in ihrem ersten. Chopin und Brahms, die diesmal auf dem Programm standen, gaben ihr Gelegenheit, ihr ganzes virtuelles Können und die ganze fortwährende Wucht ihrer musikalischen Auffassung zu entfalten. Der ganze Abend war von dem Feuer ihres sprühenden Temperaments erfüllt und ließ den Hörer selbst während der Pausen nicht aus dem Bann ihrer Persönlichkeit kommen. Es fällt nicht ins Gewicht, daß daneben einige freiliche Bedenken über dynamische Härten in den Fortissimo-Stellen aufstiegen. — Der Viederabend von Henriette Heh befruchtete wenig. Die Sängerin muß sich noch technisch mit ihrer unausgeglichenen Stimme quälen und das hindert jede freie musikalische Gestaltung. Ein endgültiges Urteil über das eigentliche musikalische dieser Sängerin kann man sich erst bilden, wenn diese technischen Mängel überwunden sind. F. Sammler begleitete sehr zurückhaltend und gemessen, aber ohne große innere Teilnahme. — Der einarmige Pianist Paul Wittgenstein zeigte an einem Klavierabend, wie reiche Möglichkeiten und eine einzige Hand auf dem Klavier hat. Mit staunenswerthem technischen Können holte er aus dem Instrument die reichsten Töne heraus, so daß man keine Leere spürte. Daneben ist sein Können von seinem musikalischen Empfinden getragen und sein Anschlag so reich in seinen Möglichkeiten, daß er dem Ausdrucksbedürfnis des Künstlers voll genügt. Nur schade, daß größenteils Bearbeitungen wehlicher Klavierwerke geboten wurden, und nicht die — allerdings spärliche — einhändige Klavierliteratur ausgefüllt wurde. — Claudio Arsen zeigte an seinem zweiten Klavierabend wieder seine ganze technische Bollendung, und doch fühlte man einen Mangel: Die Gestaltung ist bei ihm noch etwas äußerlich und verrät nicht das Mitschwingen der letzten Tiefen in

der Seele des Künstlers. Bei Liszt's „Après une lecture du Dante“ fiel das weniger ins Gewicht als bei Beethovens Es-Dur-Sonate, op. 31, Nr. 3. Geht der Pianist in der von ihm eingeschlagenen Richtung weiter, so wird er sich einmal zu einem ausgezeichneten Liszt-Spieler entwickeln, aber die Wunderwelt Beethovens und der gesamten klassischen Musik wird ihm verschlossen bleiben. Sie läßt nur Künstler, nicht Virtuosen ein.

Städtische Theater. Morgen Donnerstag ist in Beethovens Fidelio die Partie des Rocco zum erstenmal mit Oskar Lahner besetzt. In der für Freitag angelegten Aufführung von Verdis Mastenball singt Stephan Kapoff erstmals den Rocco.

Schauspielhaus. In der Zeit vom 10. bis 15. Februar findet ein Gastspiel Paul Regeners in Strindbergs „Water“ und Eubermanns „Raschhoffs“ statt, und zwar spielt Regener am 10. und 11. Februar „Water“, am 12., 13., 14. und 15. den Rittergutsbesitzer Raschhoff in den „Raschhoffs“. Für das Regener-Gastspiel wird auf alle Karten, auch auf die Jahrestarifen der Theatergemeinde, ein Zuschlag von 3 Mk. pro Platz erhoben. — In Vorbereitung „Tom Teufel geholt“ von Raut Hamum, und „König der dunklen Kammer“ von Rabindranath Tagore.

Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, in der 2. Koch- und Fortbildungsschule, Schleierstraße 10. Vortrag von Prof. Kren über: Grundgesetze der Wellenlehre, an Wasserwellen vorgeführt, Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Franz Werfel, Spiegelmensch. Magische Trilogie. Kurt Wolff Verlag, München. Geb. 24 Mk., geb. 34 Mk.
Herbert Ocker, Strindberg ein Zeitproblem und andre psychologische Aufsätze. Reinen-Verlag, Leipzig.
Dr. Albert Beutler, Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Weber im sächsischen Vogtland. Verlag Ratschuhhandlung L. Bamberg, Greifswald. Preis 10 Mk.

Präsidenten der Konferenz, daß wir, nachdem die Reparationsfrage von der Tagesordnung gestrichen war, in Genf nochmals darüber verhandeln sollten. Die Zusammenkunft in Genf verzögerte sich mehr und mehr, es bestand die Gefahr, daß die Verhandlungen über die Wiedergutmachungssumme zu einer unüberwindlichen Spaltung in den Meinungen der beteiligten Länder führen würde. Infolgedessen habe ich es für meine Aufgabe gehalten, die Anregung zu geben, daß Sachverständige von Land zu Land sich über die wichtigen Themen der Reparation verständigen sollten. Diese Anregung, die zunächst plümiert von einem Teil der Alliierten aufgenommen wurde, ist aber nicht zur Durchführung gelangt. Es kam dann das Gegenprojekt von de la Croix, das die Angelegenheit der Wiedergutmachungskommission zurückverwies. Lange hat es gedauert, bis die Sachverständigen endlich nach Brüssel zusammengekommen sind.

Die Brüsseler Beratungen sind Ihnen alle noch in frischer Erinnerung. Sie sind verortet worden. Während der Verhandlungen, die zwischen Herrn Bergmann als deutschem Vertreter und Seydoux als Vertreter der Alliierten in Paris geführt wurden, ergab sich, daß Seydoux mit einem neuen Plan hervortrat, daß Deutschland zunächst eine Gesamtschuld übernehmen und dafür 5 Jahresraten zahlen sollte. Es war das zunächst unverbindlich. Dann trat aber die französische Regierung durch ihre höchste Vertretung an die deutsche Regierung heran, wie sie sich zu dem Vorschlag von Seydoux stellte. Es haben darüber 4 Verhandlungen stattgefunden, und alle Instanzen haben sich schließlich damit einverstanden erklärt, daß die deutsche Regierung den Vorschlag Seydoux als Grundlage für die Verhandlungen annehme, unter den bekannten Vorbehalten, daß die Ziffer erst gesucht werden würde, nachdem über die Umstände gesprochen sein würde, unter denen die Verhandlungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Brüssel stattfanden, und daß zugleich gesprochen werden sollte über die Methoden, nach denen die Grundgedanken Seydoux in die Tat umgesetzt werden könnten. Die britische Regierung trat durch ihren hiesigen Vertreter an die deutsche Regierung heran, auf diesen Vorschlag der französischen Regierung einzugehen. Sie erklärte offiziell, daß sie sich der französischen Regierung anschließen würde. (Hört, hört!) Seydoux legte nunmehr an die Stelle der ersten Jahresrate eine hohe Gesamtsumme, und der Wiederaufbauminister Loucheur führte sogar aus, daß es für die französische Industrie höchstbedenklich sein würde, wenn sie die Reparationen von Deutschland durch Sachleistungen tilgen ließe. Das wäre für die französische Industrie eine schwere Konkurrenz.

Man hat nun merkwürdigerweise trotz dieses von unserm Beschluß gänzlich unabhängigen Vorganges der deutschen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie in der ganzen Angelegenheit nicht richtig verfahren sei. In der deutschen Presse wird aber der deutschen Regierung vorgeworfen, daß sie nicht selbst, bevor die interalliierten Ministerpräsidenten zu ihrem Ergebnis kamen, mit positiven Vorschlägen herausgekommen wäre. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir sind mit positiven Vorschlägen herausgekommen. Ich will hier gar nicht sprechen von dem Vorschlag, den wir schon im September 1919 gemacht haben, der sich auf die technische Ausführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete bezog. Ueber den damaligen Vorschlag hat ein kurzer Wechsel von Regierungsänderungen stattgefunden. Auf unsere letzte Äußerung sind wir nicht mehr einer Antwort gewürdigt worden. (Hört, hört!) Aber wir haben doch in Spa Vorschläge gemacht, naturgemäß Vorschläge, die noch nicht eingehend sein konnten. Abgesehen von den Schwierigkeiten der Materie war die deutsche Regierung damals erst wenige Tage im Amt und konnte sich die schwierige Materie nur mit äußerster Anstrengung zu eigen machen. Trotzdem legten wir drei Vorschläge vor: erstens einen Finanzierungsplan, zweitens einen Plan für die Sachleistungen aus der Reparationsschuld und drittens einen Plan für die technische Durchführung des Wiederaufbaues. Diese drei Pläne wurden in Spa übergeben und wir hatten Grund anzunehmen, daß sie als Grundlage weiterer Verhandlungen in Genf dienen würden. Wir haben aber keine Antwort darauf bekommen, außer höflichen Kritiken der Pariser Presse. (Hört, hört!) Auch ist zu berücksichtigen, daß die besten Pläne, die wir jetzt machen können, immer noch außerordentlich in Unsicherheit schweben: ich will nur ein Wort „Unberechenbarkeit“ aussprechen, um zu zeigen, daß wir wirklich feste Pläne nicht einmal in alternativer Form machen können. (Hört, hört!) Es könnte so aussehen, als ob man in Oberösterreich abbauen wollte. Dazu kommt die fortgesetzte Instabilität unserer Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse; Pläne können wir nur dann machen, wenn wir einigermaßen Klar sehen über die Möglichkeiten, diese Instabilität durch Entgegenkommen unserer Gegner abzutragen.

Ein weiterer Vorwurf ist uns daraus gemacht worden, daß wir dem Plan von Seydoux Bedingungen entgegenstellten hätten. Dazu kann ich erklären, daß Deutschland keine Bedingungen gestellt hat, sondern es handelte sich immer um die Umstände und die Voraussetzungen, die für die Erfüllung von Forderungen gestellt werden mußten. Wir haben keine anderen Vorstellungen gemacht, als wie sie unsern Gegnern in Brüssel bereits offen auseinandergesetzt wurden. Der französische Vertreter, Herr Sourant, hat mir selbst erklärt, daß selbstverständlich alle in Brüssel behandelten Fragen weiteren Auseinandersetzungen und weiteren Verhandlungen unterlegt werden mußten. (Lebh. hört, hört!) — Große Bewegung.) Ich kann wohl darauf hinweisen, daß noch niemals im Verlauf der Geschichte ein Volk so offen seine Karten aufgedeckt hat, wie das deutsche Volk. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn da vielleicht einiges nicht geklärt ist, so liegt das nur an dem Mangel der nötigen statistischen Unterlagen, denn in einer Zeit Statistik zu treiben, wo man fünf Jahre Krieg und dann noch einen Umsturz hinter sich hat, ist keine leichte Sache. (Sehr richtig!) Ich kann diesen ganzen Vorwürfen nur entgegenhalten, daß sie von einem Mißtrauen und einer Ungebildetheit diktiert sind, wie sie uns auch aus den Kreisen der Alliierten immer wieder entgegentritt. Zur

Charakterisierung der Note

kann ich nur sagen, ich halte sie für ein überhaufetes Ergebnis einer schwierigen Verhandlung. Sie zerfällt in drei große Unterabteilungen: die Sekreterklausel, die Marknekklausel und die Aufstausklausel. Innerhalb dieser Hauptabteilungen gibt es zwei Varianten: die erste, die sich mit den Verpflichtungen beschäftigt, die Deutschland nach Ansicht der Alliierten begangen hat, die zweite bezieht sich auf die Entscheidungen, die daraufhin von der Entente getroffen wurden. Aus allem ergibt sich eine Dreieitigkeit von Differenzen. Auf der einen Seite handelt es sich um Meinungsverschiedenheiten, wo die deutsche Regierung aus Gründen einer Notlage beantragt hat, ihr Rechte über den Vertrag hinaus zu gewähren. Der zweite Teil bezieht sich auf solche Fälle, wo Deutschland und die Alliierten den Wortlaut des Vertrages nicht einheitlich auslegen. Der dritte Teil ist derjenige, wo die Alliierten, ohne Gründe anzugeben, in ihren militärischen Forderungen über den Inhalt des Vertrages hinausgehen. Es handelt sich hierbei um Entscheidungen, die uns mitgeteilt sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Selbstverständlich entsteht uns das nicht der Stellungnahme. Diese Stellungnahme ist aber nur möglich, wenn das außerordentlich verwickelte Material von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft wird. Das erste Kapitel, wo wir mehr geleistet haben, als wir mußten, betrifft die Frage der Entlastung. Hier sind uns neue, längere Fristen gestellt worden. Wir müssen aber auch mit der zuständigen Landesregierung Fühlung nehmen. Die Fühlungnahme ist eingeleitet und wird durchgeführt im Geiste lokaler Anerkennung der Verpflichtungen, die wir mit dem Friedensvertrag übernommen haben. Ich muß bei diesem Thema noch dem Bedauern Ausdruck geben, daß in der Note der Entente kein Wort der Anerkennung für das besteht, was wir in der Entlastung schon geleistet haben. (Geschlechter auf der äußersten Linken. — Rufe rechts: Ruhe!) Sie laden, meine Herren, ich kann sagen: kein Volk der Welt hat auf diesem Gebiet so viel geleistet, wie jetzt das deutsche. Kein Mensch, auch unsere Gegner nicht, hat damals geglaubt, daß wir in dieser Zeit so viel werden leisten können. (Lebhafte Zustimmung.) Trotz-

dem immer noch das Mißtrauen, das sich in den Drohungen für den Fall der Nichterfüllung in der Entlastungsfrage ausdrückt. Was nun die Reparationsfrage anbelangt, die sich auf die Artikel 231 und 232 des Friedensvertrages bezieht, sollen die Zahlungen bis zum Jahre 1923 gehen, ansteigend im Betrage von 2 Milliarden bis 6 Milliarden Goldmark, von denen aber 6 Milliarden 20 Jahre lang die Regel sein werden. (Lebhafte Zustimmung.) In Boulogne verlangte man 228 Milliarden, jetzt sind es schon 260 Milliarden geworden. (Hört, hört!) Die zweite Form des Systems ist die variable Zahlung. 42 Jahre lang soll Deutschland 12 Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen. (Lebhafte Zustimmung.) Charakteristisch für die Berechnung angefügt auf Grundlage einer Handelsbilanz, die auf der Ausfuhrseite mit 8 bis 16 Milliarden (Geschlechter!) absteht, einer Bilanz, die Deutschland selbst in seiner Allzeit nicht erlangt hat. So glaubt man die Differenz mit der Boulogner Forderung zu überbrücken. Die fixen Raten sind nach Ablauf eines halben Jahres, die variablen zwei Monate nach Ablauf zu leisten. Die Zahlung der fixen Raten erfolgt in Monats, die während des ganzen Zeitraumes von 42 Jahren mit Ratenbestimmung übergeben werden sollen. Die der variablen Raten in Gold. Als Sicherheit sind große Einlagen in die Zollverwaltung vorgezogen. Bei Säumnis hat die Reparationskommission die Befugnis, die gesamte Zollverwaltung in die Hand zu nehmen. (Bewegung.) Sie kann Deutschland in Verzug nehmen. Der Verzug ermächtigt dann die Alliierten, nach ihrem Ermessen Maßnahmen zu treffen. (Hört, hört!) Für die variablen Raten ist eine strenge Ausfuhrkontrolle vorgezogen, die tief einschneidet in das deutsche Wirtschaftsleben. Neben all diesen Sicherheiten ist der Reich der Verpflichtungen Deutschlands noch nicht geleert. (Bewegung.) Zu den Restitutions aus dem Friedensvertrag für das, was Deutschland aus den besetzten Gebieten weggeführt hat, kommen die Okkupationskosten, die jährlich etwa 15 Milliarden betragen. (Hört, hört!) Dazu kommen die Kosten für die zahlreichen Kommissionen, die in Deutschland noch ihre Tätigkeit ausüben, endlich die Beträge aus dem Auslieferungssachen, die für Deutschland besonders drückend sind. Wüßig unklar sind folgende Fragen: Wie steht es mit der Anrechnung der vielen Werte, die wir bereits hingegeben haben? Davon ist überhaupt keine Rede. Wo bleibt die Anrechnung der 20 Milliarden Goldmark? (Hört, hört!) Nichts steht in dem Programm über die Abrechnung der vielen Sachwerte, die wir bereits geleistet haben. Ferner ist nichts gesagt, ob wenn wir die Bons hingegeben haben, die Schatzscheine und Schuldverschreibungen auf der Inhaberei zurückgegeben werden, die wir sofort bei Inkrafttreten des Friedensvertrages in die Hand unserer Feinde gelegt haben.

Abgesehen von diesen Dingen enthält das neue Programm Widersprüche mit dem Friedensvertrage. Der Friedensvertrag gab uns das Recht, bis zum 1. Mai 1921 eine feste Gesamtsumme unserer Schuld zu erfahren. Statt dessen wird uns eine variable Summe gegeben, denn eine feste zusätzlich einer variablen ist letzten Endes eine variable. Das ist das, was Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann. (Sehr richtig!) Dann hat uns der Friedensvertrag wenigstens das zugesagt, daß wir nur ein knappes Menschenalter, 30 Jahre, an diese Kriegsschuld gebunden sind, wenn wir nicht im Mißstande sind. Jetzt wird uns eine Bindung auf 42 Jahre zugemutet. Es ist uns zugesagt worden, daß, wenn wir die 20 Milliarden geleistet und die Schatzscheine über 40 Milliarden ausgestellt hätten, daß dann eine sorgfältige Prüfung einsehen sollte, ob wir überhaupt imstande sind, die Zinsen zu tragen und die Amortisation durchzuführen. Davon ist jetzt keine Rede mehr: Der Ausgangspunkt ist überhaupt verschoben. Wir sollen die Bons über 42 Milliarden sofort in die Hände der Alliierten geben. Nach dem Friedensvertrage sollte zunächst einmal der gesamte Schaden festgestellt werden. (Sehr wahr.) Auch die willkürlichen Methoden der Schätzung waren in Frankreich selbst starken Angriffen ausgesetzt. Weshalb wird es als willkürlich bezeichnet, vielfach wird darauf hingewiesen, daß das Geld, das Frankreich bisher selbst zu Reparationszwecken ausgegeben hat, hinweggeschleudert worden ist, ohne daß davon auch nur ein Haus aufgebaut worden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der ehemalige Präsident der französischen Republik, Poincaré, hat einmal in der französischen Presse auseinandergesetzt, die Schätzungen der technischen Sachverständigen der französischen Kommission seien viel zu niedrig. Infolgedessen wurden die Sachverständigen aufgefordert, ihre Schätzungen zu erhöhen. Auch Briand hat in seiner ersten Kammerrede darauf hingewiesen, daß in der Wiederaufbaukonferenz starke Mißbräuche vorgekommen seien, vor allem aber sollte Deutschland doch gehört werden. Bisher ist aber Deutschland hinsichtlich der Festsetzung der Schäden noch nicht gehört worden. Die weitere Voraussetzung der Festsetzung der Schäden ist und war die Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Reparationskommission, eine Frage, an deren Prüfung später die Brüsseler Konferenz herantrat. Diese Besprechungen sind noch unzureichend, und wir müssen Wert darauf legen, daß sie vollendet werden. So können wir nur annehmen, daß die Summe, die uns jetzt gegeben worden ist, eine willkürlich gezerrte ist. Dazu kommt die Frage der Sicherungen, die die Gegner sich geben lassen wollen. Sie wollen das ganze Zollsystem einem Generalkollektornehmer unterstellen. Im übrigen hat doch Herr Clemenceau selbst erklärt, es sei nicht die Absicht der Alliierten, in die Freiheit der deutschen Wirtschaftsverhältnisse einzugreifen. (Hört, hört!) Aber mag auch dieses Arrangement dem Friedensvertrage widersprechen oder nicht, das würde von wenig Bedeutung sein, wenn es an sich praktisch und gangbar wäre, und da ist die deutsche Regierung nach sorgfältiger Prüfung der festen Ueberzeugung, daß es weder eine praktische noch eine gangbare Lösung gibt. (Sehr richtig!) Die feste Summe von 260 Milliarden ist ja mehr, als das ganze deutsche Volk vielleicht besitzt. Es wäre ein wahrer Wunderding, das deutsche Volk mit einer derartigen Summe zu belasten, wo wir den Gegnern nachgewiesen haben, wie schlecht es um unsere Finanzen steht. Dann aber kommt diese Aufzerrung der 226 Milliarden in Raten von 6 Milliarden vollständig auf eine wirtschaftliche Verflüssigung des deutschen Volkes hinaus. (Sehr richtig!) Man hat dies offenbar eingesehen, denn man gibt es unsern Delegationsmitgliedern an die Hand, uns von diesen schweren, drückenden Lasten eher zu befreien.

Es gibt eine Bestimmung, wonach Deutschland einen Rabatt von 8 Prozent empfangen soll, wenn es seinen Verpflichtungen früher, als vorgezogen, nachkommt. (Zuruf rechts: Das ist reiner Hohn! — Sehr richtig!) Dieser Vorschlag kommt darauf hinaus, daß Deutschland sich einen Gläubiger sucht, der ein großes Darlehen zur Ablösung dieser Verpflichtungen gibt. Ich glaube nicht, daß wir einen Gläubiger finden, der uns das Darlehen so billig gibt, daß wir von einem Rabatt von 8 Prozent Vorteile haben. Die Schweiz hat für ihr letztes Darlehen über 9 Prozent genommen, und wenn wir einen solchen Gläubiger finden, wird uns die Ausnahme des Darlehens durch eine höchst eigenartige Bestimmung unmöglich gemacht. Danach soll Deutschland auf jede Geldaufnahme verzichten, die nicht die Zustimmung der Reparationskommission hat. Das gilt nicht bloß für die deutsche Regierung, sondern für die Regierung jedes Landes. (Hört, hört!) Damit ist eine Barriere gezogen zwischen uns und jedem Geldgeber, der sich nicht den Bedingungen der Reparationskommission unterwirft. (Zuruf: Kreditblockade!) Es ist klar, daß die Entente oder der Staat der Entente, der als Geldgeber zunächst in Betracht käme, den Wunsch hegt, die Kredite an uns zu vermitteln. Wir sind also von unseren natürlichen Geldgebern hierdurch abgeschnitten.

Die Ausfuhrabgabe von 12 Prozent auf das ganze Gebiet der deutschen Ausfuhr ist einerseits unsinnig hoch und nach außen und innen schädlich. Wie kann man die ganze Ausfuhr über einen Ramen schieben in bezug auf die Höhe der Abgabe. (Sehr richtig!) Es scheint mir, als wenn der Satz einseitig zugeschnitten wäre auf die heutige Konjunktur. Diese Bestimmung muß einen ganz anderen Charakter annehmen. Wenn der deutsche Markt aufnahmefähiger wird und bei einer Steigerung der Mark, der deutschen Preise, muß sich diese Bestimmung als Drosselung der deutschen

Wirtschaft auswirken. Ich weiß nicht, ob das beabsichtigt ist. (Zuruf: Natürlich!) Entweder das Ausland trägt diese 12 Prozent, dann wird uns das vielfach auf denjenigen Märkten Schwierigkeiten schaffen, auf denen wir vorzugsweise Absatz haben, oder aber, sie müssen bei uns bezahlt werden. Das wäre zur Zeit finkender Konjunktur verheerend. Dann sinkt natürlich auch der Unternehmergewinn und diese Abgabe bleibt haften auf dem Unternehmergewinn und den Arbeiterlöhnen. (Große Unruhe bei den Unabhängigen und Kommunisten.) Es wäre stets eine unfließende Konkurrenz der christlichen Arbeit und die Entente würde den ganzen Markt der Welt erobern. Gerade von der deutschen Exportindustrie kann doch allein die Finanzierung der fixen Summe hergenommen werden. Von einem solchen Ueberfluß sind wir noch weit entfernt, solange wir unsere Rohstoffe soviel teurer einkaufen müssen als wir unsere eigenen Waren für das Ausland verkaufen. Ich halte mich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Alliierten auch haben mitteilen lassen, sie hätten aus einem gewissen Gefühl des Taktes auf einen förmlichen Eingriff in unsere Steuerhoheit verzichtet. (Zuruf: Hohn!) Ich muß darauf hinweisen, weil Lloyd George darauf ausdrücklich Bezug genommen hat.

Die Sanktionen beziehen sich auf folgende Punkte: 1. Aufhebung der Räumungsfrist für die Rheinlande; 2. Belegung neuer deutscher Gebiete; 3. Erziehung eines besonderen Zollregimes in den Rheinlanden und 4. Einspruch gegen die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Stürmische Heiterkeit.) Die erste Bestimmung widerspricht meiner Ansicht nach dem Sinn, Geist und Wortlaut des Friedensvertrages. (Sehr richtig!) Die Belegung kann erst dann verlängert werden, wenn sich herausstellt, daß wir nichts getan haben, wozu wir uns verpflichtet haben. (Zuruf links: Das ist das deutsche nationale Annexionsprogramm von 1921! — Große Unruhe rechts.) Man kann uns nicht für einen Vorschlag schon Sanktionen androhen, wenn wir den Vorschlag nicht annehmen, denn dann ist es kein Vorschlag mehr. Was den vierten Punkt anlangt, so muß Lloyd George schon gestatten, daß ich seine Drohung mit dem Widerspruch gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund so lange als verfrüht ansehe, als wir einen Antrag auf Eintritt in den Völkerbund noch nicht gestellt haben. In den Völkerbund, wie er jetzt besteht, einzutreten, ist für Deutschland nicht mit so viel Bedenken verbunden, daß es uns einfällt, um die Aufnahme zu erfragen. (Sehr richtig!) Ich will nur ganz kurz auf das Schreiben eingehen, mit dem uns die beiden Ausgebirten der Gegner überreicht wurden. Ich habe schon gesagt, daß es sich nur um Vorschläge handelt. Es wird uns gesagt, daß Bevollmächtigte der deutschen Regierung eingeladen werden würden, sich Ende Februar mit den Delegierten der Alliierten in London zu treffen. Die Einladung selbst ist nur angeklungen. Solange sie nicht erfolgt ist, können wir sie weder annehmen noch ablehnen. Aber jetzt muß die deutsche Regierung schon erklären, daß das Arrangement, wie es uns in der zweiten Note der Entente vorgelegt worden ist, von uns als eine mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen nicht angesehen werden kann. (Lebhafte Beifall.) Es wird selbstverständlich unsere Pflicht sein, nunmehr alle Mittel anzuwenden, um trotz der ungeheuren Schwierigkeiten zu deutschen, klaren deutschen Gegenvorschlägen zu kommen. Wenn diese Gegenvorschläge dann so ausfallen, daß die öffentliche Meinung der anderen Länder darüber in Entrüstung gerät, dann wird es nicht unsere Schuld sein, nachdem die Alliierten durch derartige Vorschläge die Welt in Erstaunen gesetzt haben. Ich möchte bei der Gelegenheit aber die eine Warnung aussprechen: Man soll nicht glauben, daß man diese Vorschläge uns jetzt vielfach als Diktat gäbe, jenseitig aus Deutschland herauszuwirken, wie man sich jetzt vorstellt. Wenn der Deutsche Großes leisten soll, muß er seinen freien deutschen Willen haben. Als Sklave wird der Deutsche nicht arbeiten, sondern nur als freier deutscher Mann. (Zustimmung.) Es ist für uns ein wertvolles Jugendstudium der Alliierten, daß sie in ihrem Arrangement an solchen Stellen den Boden des Friedensvertrages verlassen haben. Sie haben damit anerkannt, daß manches in den Vorschlägen des Friedensvertrages sich während der Zeit, die seit seiner Abfassung verstrichen ist, als unüberwindlich herausgestellt hat. (Sehr richtig!) Wir werden von dieser Erkenntnis Gebrauch machen. Wir können auf die Grundlage des Arrangements, das uns die Alliierten jetzt übergeben haben, als Basis weiterer Verhandlungen nicht treten. Wir werden jetzt versuchen, neue Vorschläge anzuarbeiten und werden damit an die Alliierten herantreten. (Lebhafte Beifall.)

Präsident Löbe schlägt vor, die Besprechung der Erklärung auf Mittwoch zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Abg. Hoffmann (Komm.) widerspricht der Vertagung und gibt folgende Erklärung seiner Fraktion ab: „Die von der Entente überreichten Forderungen sind in ihrer Art nicht überraschend. Sie sind ein Beweis des Raubcharakters, der jedem kapitalistischen Staate eigentümlich ist, und nicht zum wenigsten...“ Präsident Löbe bittet den Redner, nicht auf die Materie selbst einzugehen. Abg. Hoffmann (fortfahrend): „... und nicht zum wenigsten auch dem deutschen Imperialismus eigentümlich ist. (Lebhafte Zustimmung.)“ In dem der Reichstag bereits getrieben auf Erfragen der Regierung die Erörterung über diese bedeutsame Angelegenheit aussetzt, unterließ er den völligen Bankrott, den die bisherige auswärtige Politik der Regierung gemacht hat.

Präsident Löbe: Ich kann Ihnen das Wort nicht weiter verstaten. (Lebhafte Beifall; Rufe: Raus!)

Abg. Hoffmann (fortfahrend): Ich habe der Vertagung zu widersprechen, die der Reichstag angeht, einer fadenhakenartigen und hohen Erklärung der Regierung (große Unruhe und Schlußrufe) vornehmen will.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bittet, es beim Vorschlag des Präsidenten zu belassen. Große Parteien des Hauses haben den Wunsch ausgesprochen, ehe sie zu der Erklärung sprechen lassen, selbst Stellung zu nehmen. Der Abg. Hoffmann mag es den Parteien überlassen, die Würde des Reichstages zu wahren, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schiffer (Dem.): Der Abg. Hoffmann hat seine Meinung zur Geschäftsordnung zu einem Ueberfall auf das Haus mißbraucht. Wir lehnen es ab, in seinen Ton einzustimmen, wenn wir die Angelegenheiten des Vaterlandes behandeln. Nicht nur jeder Minister, der hier zu sprechen hat, ist verpflichtet, jedes Wort genau abzuwägen. Wir haben hier eben eine Rede des Herrn Ministers gehört, über die der Abg. Hoffmann schon mit einem vorher stützten Urteil fertig war. Wir halten es für die Pflicht des Abgeordneten, erst zu hören und dann zu urteilen.

Abg. Debebour (U. Soz.): Auch ich habe im Seniorenkongress den Wunsch ausgesprochen, daß wir die Erörterung sofort an die Erklärung anschließen wollen.

Der Vertagungsantrag des Präsidenten findet die Unterstützung aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und der Unabhängigen. Gegen ihn stimmen jedoch nur die Kommunisten.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr: Besprechung der Regierungserklärung, dritte Lesung des Etats, Vornahme der zuridgelegten wichtigsten Bestimmungen. Schluß gegen 6 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

2. 100. Die Tochter hat Anspruch auf $\frac{1}{4}$ des Nachlasses. Verlangen Sie eine gerichtliche Auseinandersetzung.

G. M. Gohlis. 1. Ja, wenn Sie den Vertrag nicht anfechten. Sonst ist er maßgebend. 2. Darauf kommt es nicht an. 3. Zahlen Sie nicht, so haben Sie Klage zu erwarten. 4. Ja. 5. Darüber können wir nicht entscheiden. 50 Bq. Parteifasse.

D. S. Das ist eine Beschimpfung. Es müßte Beschwerde beim Rat geführt werden. Der Klageweg kann nicht beschritten werden.

W. S. 500. Es müßte Klage vor dem Landgericht geführt werden, doch die hat kaum Aussicht auf Erfolg, da ja mit der Erbschaft Ihre Unterhaltskosten in der Anstalt gedeckt werden sollen. 2. Ja!

